

Laubegaster Beiträge

zum neuen Grundsatzprogramm der FDP

Dresden

2011

herausgegeben von

Ingolf Roßberg, Jana Licht

und Torsten Hilbrich

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| <i>Ingolf Roßberg: Vorwort</i> | 1 |
| <i>Jana Licht: Einführung</i> | 3 |
| <i>Jana Licht: Warum ein neues Grundsatzprogramm?</i> | 11 |
| <i>Frank Kroschinsky: Sozialstaat Deutschland – Quo vadis? – Über die Alternativlosigkeit einer liberalen Sozial- und Gesundheitspolitik</i> | 19 |
| <i>Brigitte Böttcher: Freiheit, Leistungsbereitschaft und subjektives soziales Wohlfühl – Persönliche Reflexionen zum Bildungsbereich</i> | 35 |
| <i>Torsten Hilbrich: Verwelkende Landschaften und vereinzelte blühende Oasen</i> | 39 |
| <i>Ralf Hasselbach und Thomas Gottwald: Thesen für eine liberale Energie- und Umweltpolitik</i> | 45 |
| <i>Hans-Georg Menzer: Energie- und Umweltpolitik – Ein Diskussions- beitrag</i> | 47 |
| <i>Martin Pätzug und Jana Licht: Solidarität - Anamnese eines Begriffs in der sozialstaatlichen Realität</i> | 51 |
| <i>Gerhard Staudinger: Verbesserung des Bildungssystems statt Völker- wanderung</i> | 57 |
| <i>Karlheinz Haase und Ingolf Roßberg: Zum politischen Ethos eines Berufspolitikers</i> | 61 |
| Über die Autoren..... | 65 |

*Die Laubegaster Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm der FDP wurden
herausgegeben von Ingolf Roßberg, Jana Licht und Torsten Hilbrich.*

Ingolf Roßberg

Vorwort

Am 29. November 1760 verstarb in Laubegast, einem damaligen Vorort von Dresden, Friederike Caroline Neuber, die „Neuberin“, die als erste Frau in Deutschland eine eigene Theatergruppe aufbaute und – beeinflusst durch den Leipziger Gottsched – wichtige Reformen des deutschen Theaters durch die Aufführung von Themen des Bürgertums und vor allem der Aufklärung vornahm. Symbolisch wichtigstes Ereignis dieser Reformen war die Verbannung der Figur des „Hanswurst“ von der Bühne, der als Symbol veralteter und schlechter Komödien einerseits, aber andererseits auch als die Spottfigur des possenreißenden „ungebildeten Armen“ galt. Die Neuberin förderte in Leipzig und Dresden vor allem den jungen Gotthold Ephraim Lessing, dessen erste Bühnenwerke durch sie aufgeführt wurden und der – vor allem französische Bühnenwerke – für sie übersetzte. Lessings Menschenbild von Freiheit und Toleranz, der Befreiung von Bevormundung und der Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit – das gesamte Wirken dieses bedeutenden deutschen Aufklärers bedurfte dieser frühen Anstöße durch die Neuberin sowie ihrer Theatergruppe und wäre letztlich ohne sie undenkbar.

Aufklärung im Sinne von Bildung, Freiheit sowohl im Sinne wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch Freiheit von Bevormundung sowie der Toleranzgedanke – all diese Elemente sind Elemente eines modernen Liberalismus. In der Grundsatzdebatte einer dem politischen Liberalismus verpflichteten Partei haben sich daher Dresdner, vor allem gestützt auf den Ortsverband Laubegast der FDP, im letzten Wohnort der großen Aufklärerin regelmäßig getroffen und über den künftigen Weg des Liberalismus in Deutschland leidenschaftlich debattiert. Folgerichtig entstanden so, auch im Geiste der

Neuberin, die „Laubegaster Beiträge“, die – so hoffen wir – Beiträge für ein tragfähiges Programm sind.

Jana Licht gebührt der Dank als unermüdlich treibende Kraft des Vorhabens, sich auf diese Weise in die Grundsatzdebatte einzubringen, ohne sie wäre manche Idee nicht ausformuliert worden. Allen Autoren und Mitautoren sei genauso gedankt, wie den Sponsoren, die den Druck des Werkes möglich gemacht haben. Ihnen, den Lesern, wünsche ich eine anregende Lektüre.

Dresden-Laubegast, im April 2011

Jana Licht

Einführung

„Der Liberalismus weiß, daß [sic] der Mensch nicht im Besitz letzter Wahrheiten ist. Er glaubt ihn nur auf der Suche danach. Er weiß, daß [sic] der Weg der Erkenntnis mit Irrtümern gepflastert ist und die Wahrheit von heute den Irrtum von morgen umschließt.“

*Karl-Hermann Flach, Kleiner liberaler Katechismus
(aus: „Noch eine Chance für die Liberalen“, 1971)*

Gerade weil dem Liberalismus jeder ideologische Duktus fehlt, weil er kein festes Menschen- und Gesellschaftsbild propagiert, glauben Liberale sich niemals im Besitz endgültiger Wahrheiten. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass wir als Liberale permanent unseren Horizont erweitern, unsere Überzeugungen und Handlungsgrundsätze überprüfen, zur Diskussion stellen, an die Gegenwart anpassen und – wenn nötig – erneuern müssen. Dies bedeutet aber keine Geschichtsvergessenheit und kein ständiges über Bord Werfen liberaler Grundwerte und Prinzipien, denn im Zentrum wird und muss unumstößlich immer eines stehen: die Freiheit des Einzelnen.

In diesem Geiste erneuert die Freie Demokratische Partei in dekadischen Abständen ihr Grundsatzprogramm in der Tradition der *Freiburger Thesen* aus dem Jahr 1971. Auf dem 60. Bundesparteitag der FDP im Mai 2009 wurde beschlossen, dass sich die Partei in Fortschreibung der *Wiesbadener Grundsätze* aus dem Jahr 1997 ein neues Grundsatzprogramm geben wird. Viele inhaltliche Punkte, die in den Wiesbadener Grundsätzen vorgebracht

wurden, haben sich bewahrheitet, und die sich daraus ergebenden Forderungen hätten von den Bundesregierungen seit dieser Zeit umgesetzt werden müssen. Da dies aber nicht geschehen ist, stellt ein neues Grundsatzzprogramm keine „Übung liberaler Lyriker und Akademiker“¹ dar, sondern ist die „strategische Aufgabe einer Regierungspartei, die dauerhaft gesellschaftliche Führung beansprucht und Deutschland, Europa und eine neue Weltordnung mitgestalten will“.² Insofern muss sich liberale Grundsatzzprogrammatik auch aktuellen Herausforderungen stellen, wenn sich die FDP dauerhaft als starke Bürgerpartei der Mitte positionieren will.

Das neue Grundsatzzprogramm wird 2012 beschlossen, vorausgehen soll eine breite parteiinterne Grundsatzzdebatte, an der sich zu beteiligen jedes Mitglied ausdrücklich aufgefordert ist. Und auch wir, Mitglieder des Kreisverbandes Dresden, wollen an dieser Grundsatzzdiskussion aktiv mitwirken. Wir wollen diskutieren und definieren, was für uns die Grundfesten des Liberalismus ausmacht und was wir unter gelebter liberaler Politik verstehen. Deshalb haben sich interessierte Mitglieder des Kreisverbandes auf Initiative und Einladung von Dr. Ingolf Roßberg, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Dresden, zusammengefunden, um sich an der Grundsatzzdebatte zu beteiligen und – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit – Beiträge für das neue Grundsatzzprogramm zu liefern.

Beiträge zu konkreten politischen Themenfeldern und Antworten auf spezifische Fragen der Gegenwart setzen eine Verständigung darüber voraus, welche Elemente ein Grundsatzzprogramm enthalten muss. Erste inhaltliche Orientierungen dazu sind bereits erfolgt: Im Jahr 2008 haben die Jungen Liberalen ihr Grundsatzzprogramm in Geiste des *Humanistischen Liberalis-*

¹ Horber Akademie (2009): „Perspektiven strategischer liberaler Programmatik“, in: liberal – Vierteljahresheft für Politik und Kultur, 51. Jahrgang, November 2009, S. 17.

² Ebd.

mus erneuert. Der Bundesvorstand der FDP hat bis 2008 das Zukunftsforum „Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden“ beschäftigt. 2009 haben Christian Lindner, gegenwärtiger Generalsekretär der Bundespartei, und Dr. Philipp Rösler, zurzeit Bundesgesundheitsminister und designierter Bundesvorsitzender der FDP, einen Sammelband zu Werten und Perspektiven einer erfahrbaren, gelebten Freiheit herausgegeben. Die FDP im Südwesten hat sich nach mehrjähriger Debatte ein eigenes Grundsatzzprogramm gegeben.

All diesen Beiträgen ist die Forderung gemein, dass der Freiheitsbegriff nicht im Sinne eines ständig „zu erweiternden Freiraums, sondern qualitativ als Vollzug realer Lebenschancen“³ verstanden wird. Sie bestimmen die unterschiedlichen Schwerpunkte, die in einem Grundsatzzprogramm zu setzen sind: „eine (humanistische) Tradition, die in die Zukunft fortgeschrieben wird; eine Auseinandersetzung mit der Welt, in der wir leben (werden), und den Menschen, die wir sind; eine Beschäftigung mit dem zentralen Leitwert der Freiheit; und Grundsätze liberaler Politik auf dem Weg in die Zukunft“.⁴

Die *Horber Akademie für strategische liberale Programmatik* will all diese Diskussionen zu einem offenen, aber ergebnisorientierten Dialog zusammenführen. Die Horber Akademie versammelt seit 2005 junge FDPler, Jungliberale sowie Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Diskussion dieses umfassenden liberalen Projekts. Unter den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen sind auch Mitglieder von Landes- und Bundesvorständen und Parlamenten aller Ebenen, Studenten ebenso wie Professoren. „Grundidee ist es, für liberale Politik ‚Generalstabsarbeit‘ (nach Karl-Hermann Flach) zu leisten, die sich erstens an Dekaden, zweitens an gesellschaftlichen Veränderungen und

³ Ebd.

⁴ Ebd., S. 18.

drittens an politischer Arbeit über Partei und Parlamente hinaus orientiert.“⁵ Die Arbeit der Horber Akademie mündete im August 2009 in einen Entwurf der *Horber Thesen für eine liberale Weltbürgergesellschaft*, die sich in fünf Teile gliedern, die nach Ansicht der Akademieteilnehmer wesentliche Elemente eines Grundsatzprogramms sind, das als „*Navigationssystem*“ für die alltägliche politische Arbeit dienen soll:

1. die Analyse der Zeitgeschichte aus liberaler Sicht als *Karte*;
2. liberale Werte, Prinzipien und Tugenden als *innerer Kompass*;
3. die liberale Vision als *Ziel*;
4. Meilensteine auf dem Weg zur Verwirklichung der Vision als *Routenplaner* und
5. die Bestimmung der Rolle der handelnden Akteure – „wir, die Liberalen“.

Anknüpfend an das „Navigationssystem“ der Horber Akademie haben wir bei einem ersten Treffen im Mai 2010 sondiert und diskutiert, welche Punkte für uns entscheidend für unser Selbstbild als Liberale sind, welche Werte und Prinzipien unser Handeln in der Vergangenheit bestimmt haben, es gegenwärtig leiten sowie seine zukünftige Grundlage sein werden und welches die dringendsten Probleme der Gegenwart sind, die einer Beantwortung durch die Politik bedürfen. Deutlich wurde dabei, dass wir zum einen über die Parteiöffentlichkeit hinaus für die liberale Idee kämpfen und als „Überzeugungstäter“ dafür eintreten wollen. Zum anderen müssen liberale Grundwerte und Verhaltensmaximen nach innen, im Parteidiskurs, gepflegt und vertreten werden. So wird die Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms gleichermaßen zum Auftrag an uns selbst, unser eigenes Verhalten und politisches Gebaren zu überprüfen und durch Vorle-

⁵ Ebd.

ben von liberalen Werten schöne Worte nicht nur zu leeren Hülsen verkommen zu lassen, sondern sie mit Leben zu erfüllen.

Allem voran muss eine Bestimmung des Freiheitsbegriffes gehen. Freiheit darf nicht nur als Freiheit von Beschränkungen verstanden werden. Es kann nicht darum gehen, dass der Liberalismus in vollkommenem Relativismus mündet, in dem jeder tut, wonach ihm der Sinn steht, ungeachtet seiner Mitmenschen. Zur Definition des individuellen Freiheitsraumes gehört auch immer die Bestimmung seiner Grenzen – getreu dem Leitspruch: „Die Freiheit des Einzelnen endet da, wo die des Nächsten anfängt.“ Verantwortung wird somit zum Spiegelbild von Freiheit – das eine kann ohne das andere nicht existieren. Das Wahrnehmen der individuellen Verantwortung für sich und für die Gesellschaft ist der Schlüssel zum Er- und Ausleben der persönlichen Freiheit, die so in gesellschaftliche Freiheit, in eine liberale Bürgergesellschaft münden kann. Dies ist beileibe keine neue Forderung der Liberalen, doch zeigen die gegenwärtigen nationalen und internationalen Entwicklungen, dass es mehr denn je eines Anwalts für die Freiheit bedarf. Diese Aufgabe kommt uns als Liberale per definitionem zu, da wir sie nicht als Last empfinden, sondern aus zutiefst empfundener Überzeugung leidenschaftlich für sie eintreten. Insofern hat sich der Liberalismus nicht überholt. Die durch die liberalen Ideengeber und Vorstreiter erkämpften Menschen- und Bürgerrechte müssen weiterhin gegen Gegner von rechts und links verteidigt werden, ihre Existenz darf nicht zur Selbstverständlichkeit verkommen.

Aber gerade weil den Liberalen immerwährend präsent ist, dass Verantwortung untrennbar zur Freiheit gehört, wissen sie auch, dass sich aus Rechten immer Pflichten ergeben. Freiheit kann sich nur dort entfalten, wo Rechte und Pflichten in einem ausbalancierten Verhältnis zueinander stehen. Das heißt auch, dass wir Liberalen fordern, dass ein neues Bewusst-

sein für soziale Fragen geschaffen werden muss, zu deren Beantwortung nicht als erstes nach dem Staat als Heilsbringer und allgegenwärtigem Für- und Versorger gerufen werden darf. An erster Stelle steht die Pflicht eines jeden Einzelnen, für sich selbst zu sorgen, die Verantwortung für sich selbst wahrzunehmen und selbst etwas zu leisten. Denjenigen, die nicht für sich selbst sorgen können, soll nicht nur durch die umverteilende Wirkung des Sozialstaats geholfen werden. An diesem Punkt ist auch die private Initiative, das unmittelbare Einstehen und Verantwortung Übernehmen durch den wirtschaftlich Leistungsfähigeren gefordert. So gehen Solidarität und Selbstverantwortung Hand in Hand, und soziale Probleme können subsidiäre, das heißt direkt am Betroffenen angesiedelte und damit zielgerichtetere Lösungen erfahren, als durch die „Gießkanne“ der sozialen Umverteilung.

Aber ohne staatliches Zutun werden die Hürden, die vor allem durch den demografischen Wandel auf die deutsche Gesellschaft zukommen, nicht zu überwinden sein. Also müssen – trotz der berechtigten liberalen Grundforderung nach Beschränkung staatlicher Eingriffe – in einem Grundsatzzprogramm auch konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung und Finanzierung von Gesundheits- und Sozialsystem unterbreitet werden. Insbesondere die Gesundheitspolitik wird liberale Entscheidungsträger in Zukunft vor große Herausforderungen stellen.

Nicht nur auf der gesellschaftlichen Ebene, sondern auch innerhalb der liberalen Partei muss das Einvernehmen der Generationen wiederhergestellt werden. Nur wenn wir selbst den Pluralismus aus unterschiedlichsten Lebenserfahrungen und jungendlichem Taten- und Ideendrang als fruchtbar und produktiv zu schätzen wissen, können wir überzeugende Gesellschaftspolitik machen. Ein echter, gelebter Gemeinsinn innerhalb der „liberalen Familie“ kann als Blaupause und als Argument für die von

bürgerlichem Gemeinsinn getragene Gesellschaft wirken, die wir einfordern.

Wir konstatieren aber leider nicht nur einen bemängelnswerten Austausch zwischen den Generationen, der mit mangelndem Respekt von allen Seiten einhergeht, sondern auch nach wie vor starke Vorurteile und Hemmnisse zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesbürgern, zwischen West und Ost. Dieser Zustand ist einem Liberalen unerträglich, da er seinem Verständnis von Gesellschaft zuwiderläuft. Die Gräben, die nach wie vor zu spüren sind, können nur durch unideologische Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte überwunden werden, bei der es nicht um Schuldzuweisungen gehen kann und darf. Ziel muss es vielmehr sein, Gemeinsamkeiten (wiederzu-)entdecken und ein gemeinsames Nationalgefühl zu entwickeln, ohne dass dieser Forderung der negative Beigeschmack des rechten Gedankenguts anhaftet. Denn nur ein aufgeklärtes, bürgerliches Selbstverständnis als Deutsche kann uns den Weg in einem geeinten Europa und einer immer stärker vernetzten Welt weisen.

Wenn Politik, wie Bismarck feststellte, die Kunst des Möglichen ist, dann sollten unsere Laubegaster Beiträge zu einem neuen liberalen Grundsatprogramm unter einem Motto stehen, das als Bonmot bei unserem ersten Zusammentreffen gefallen ist: Es gilt, neue Möglichkeiten für möglich zu halten.

Jana Licht

Warum ein neues Grundsatzprogramm?

Warum ist die Gestaltung eines neuen Grundsatzprogramms der Freien Demokraten überhaupt notwendig? Was macht diesen Zeitpunkt zum richtigen Moment, um die Grundsatzdebatte zu führen? Wer sich an die Erarbeitung neuer Grundsätze macht, muss begründen, warum die alten überholungsbedürftig sind. Das neue Grundsatzprogramm soll ausdrücklich eine Fortschreibung der Wiesbadener Grundsätze aus dem Jahr 1997 sein. Ihre Lektüre belegt, dass sie aktueller denn je sind, also kann es nicht darum gehen, sie gänzlich zu ersetzen. Vielmehr muss es Ziel sein, sie um neue Themen und Blickwinkel zu erweitern, die aus den Erfahrungen der letzten Dekade entstanden oder erst auf der gesellschaftspolitischen Agenda erschienen sind.

Die Wiesbadener Grundsätze beginnen mit Selbstkritik:

„Auch wir haben zu oft mitgemacht bei der Gefälligkeitspolitik. Auch wir haben zu wenig Widerstand geleistet. Wir Liberalen stehen zu unserer Verantwortung für das, was bisher war. Aber wir lassen uns nicht das Recht nehmen, für die Zukunft das Umdenken zu verlangen, das jetzt gefordert ist.“

Damals forderten wir, dass der Gefälligkeitspolitik die Verantwortungsgesellschaft entgegengesetzt werden muss. Wir bekannten uns zu Demokratie, Pluralismus und Selbstverantwortung, zur sozialen Marktwirtschaft und zum europäischen Integrationsprozess. Wir definierten die vier Fundamente des modernen Liberalismus: Freiheit ist Verantwortung, Vielfalt, Fortschritt und Zukunftsverträglichkeit. Diese visionäre, aber dennoch in

der Geschichte verwurzelte Definition besitzt zweifelsohne auch heute umfassende Gültigkeit. Doch inwiefern sind wir dem Anspruch, Motor eines in die Zukunft gerichteten Umdenkens zu sein, gerecht geworden?

Zwar treten wir bereits in den Wiesbadener Grundsätzen für eine ökologische Marktwirtschaft, also die Schaffung von Rahmenbedingungen ein, die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Bürgern und Unternehmen machen, doch müssen auch jetzt Umweltschutz und Nachhaltigkeit an prominenter Stelle im neuen Grundsatzprogramm thematisiert werden. Deutschland ist bei vielen Dingen Pionier und Vorreiter auf dem Gebiet des Umweltschutzes und die FDP die deutsche Partei mit der längsten Tradition in der Umweltpolitik. Doch im Gegensatz zu denjenigen, die Umweltschutz ausschließlich durch staatliche Ge- und vor allem Verbote erreichen wollen, wissen wir, dass es dabei nicht um das dogmatische Ausspielen von Umweltfragen gegen wirtschaftliche Erwägungen gehen kann. Umweltpolitik muss unideologisch und auf pragmatische Lösungen gerichtet sein. Nur dann kann die Sensibilität der Menschen für Umweltfragen geweckt und verstärkt werden, denn der Schutz ökologischer Ressourcen ist vor allem eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Dies ist aber nur eine Facette des von uns zu definierenden Gerechtigkeitsbegriffs. Ein neues liberales Grundsatzprogramm muss erklären, was wir unter Gerechtigkeit verstehen. Geprägt von der Selbsterkenntnis, dass die FDP nach wie vor als Partei der sozialen Kälte wahrgenommen wird, dürfen wir die Bestimmung dieses Begriffs nicht linken Sozialromantikern überlassen. Wir müssen unsere ordnungspolitischen Ansätze auch sozial begründen können. Denn wir Liberale bekennen uns zur Freiheit des Einzelnen und haben deshalb ein ambivalentes Verhältnis zum Staat. Sozialpolitische Maßnahmen müssen, so gut sie auch gemeint sein mögen,

also immer daraufhin untersucht werden, ob sie aus falsch verstandener Solidarität heraus die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen einschränken, für sich selbst Verantwortung zu tragen, ihn zum Abhängigen und Unmündigen machen und ihm letztendlich damit seine Freiheit rauben. Es ist unsere Aufgabe, in dem neuen Grundsatzprogramm einen liberalen Gerechtigkeitsbegriff zu definieren, der unser Selbstverständnis als unabhängige, mündige und damit freie Bürger in einer liberalen Gesellschaft in den Mittelpunkt rückt.

An dieser Stelle muss ein liberales Grundsatzprogramm einen weiteren Grundbegriff aus liberaler Sicht definieren. – Was beziehungsweise wer ist der Staat? Wir wehren uns gegen die zunehmende Bevormundung durch „Vater Staat“ einerseits, gegen seine Überforderung andererseits. Wie sollen wir darauf reagieren, dass durch staatlichen Interventionismus Freiheitsräume täglich kleiner werden, und zwar durch Maßnahmen, für die keine zwingende Notwendigkeit besteht? Welches sind die unverzichtbaren Aufgaben des Staates und welche müssen durch den Einzelnen beziehungsweise die bereits in den Wiesbadener Grundsätzen beschworene „Verantwortungsgesellschaft“ geleistet werden?

Die Finanzmarktkrise hat vor allem diejenigen wieder auf den Plan gerufen, die den Neoliberalismus und die Marktwirtschaft schon immer für das grundlegende Übel der Menschheit, die Ursache aller Ungerechtigkeit gehalten haben. In unserem neuen Grundsatzprogramm müssen wir auf diese Entwicklung reagieren. Wir müssen einerseits unser Bekenntnis zur Marktwirtschaft verteidigen, andererseits eine programmatische ordnungspolitische Antwort liefern, wie auf Krisen dieser Art reagiert werden muss. Weder wollen wir vollständiges Laissez-faire, noch ein Zurück zur staatlichen Planwirtschaft. Der Staat muss die Rahmenbedingungen setzen, die eine freie Entfaltung aller Marktteilnehmer ermöglichen und Startchancengerechtigkeit herstellen. Welche Grenzen müssen wir als

Liberales den Marktkräften also setzen, wenn sie die Freiräume des Einzelnen bedrohen? Viele Menschen fühlen sich heute angesichts der globalisierten Wirtschaft und der globalen, nationalen sowie regionalen Folgen der Wirtschaftskrise in ihren eigenen Kräften überfordert und haben das Gefühl, dass alle menschlichen Bindungen als bedeutungslos hinweggewischt werden. An diesem Punkt sind wir gefordert, zu erklären, wie eine liberale Wirtschaftsordnung gestaltet werden kann. Wir müssen einerseits aufzeigen, dass grenzenloser Staatsinterventionismus nicht zwangsläufig zu einem effizienteren oder gerechteren Marktergebnis führt und vor allem immer die Freiheit des Einzelnen beschneidet. Andererseits müssen wir den Ängsten der Menschen und ihrem Unverständnis der Marktprozesse gerecht werden. Nur wenn wir ihnen erklären können, dass liberal wahrhaft sozial ist, können wir die Freiheit vor planwirtschaftlichen Phantasmen schützen.

Das neue Grundsatzprogramm muss sich mit dem demografischen Wandel auseinandersetzen – eine immer älter werdende Gesellschaft auf der einen Seite, auf der anderen Seite an einigen Stellen eine Verherrlichung des Jugendideals. Die demografische Frage bedarf liberaler Antworten auf vielen gesellschaftspolitischen Ebenen. – Die Gestaltung eines trag- und leistungsfähigen Gesundheits- sowie Rentensystems und die Bewältigung der insbesondere im ländlichen Raum auftretenden mit dem demografischen Wandel einhergehenden Probleme seien hier besonders hervorgehoben. Auch hier müssen wir als Liberale Verantwortung einfordern und vorleben. – Im Zentrum einer generationengerechten Sozialpolitik müssen Selbstverantwortung und Subsidiarität stehen.

Eine Beschäftigung mit dem demografischen Wandel führt unweigerlich zur Auseinandersetzung mit unserem gegenwärtigen Bildungssystem. Im neuen Grundsatzprogramm muss die Bildung eine zentrale Rolle spielen.

Bildung schafft die notwendige Grundlage, um als aufgeklärter, mündiger Bürger Teilhaber einer liberalen Bürgergesellschaft sein zu können, Freiheit zu leben, Verantwortung zu übernehmen sowie Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. – Kurz: Bildung ist der Schlüssel. Angesichts dieser urliberalen Erkenntnis müssen wir in unserem neuen Grundsatzprogramm konkrete bildungspolitische Vorschläge entwickeln. Wir verweigern uns der gängigen Selbstbeweihräucherung im deutschen Bildungssystem – unter Blinden ist der Einäugige schließlich König – und konstatieren, dass die Qualität der Erziehung und Ausbildung unseres Nachwuchses kontinuierlich sinkt, dass die Ausgestaltung unseres Bildungssystems immer weniger zeitgemäß ist. Firmen bemängeln die ungenügende Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger, das Gespenst des drohenden Fachkräftemangels wird heraufbeschworen, Studenten fühlen sich überfordert und gut Ausgebildete wandern aus Ostdeutschland ab. – Es lässt sich nicht leugnen, dass es im Bildungssystem große strukturelle Probleme gibt. Wir als Liberale müssen dieses Thema wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rücken. Insbesondere müssen wir die Frage aufwerfen, ob wir weiterhin 16 Kultusminister benötigen oder eine Vereinheitlichung des deutschen Bildungssystems nicht der erste richtige Schritt in die Zukunft ist.

Der Bildungsbegriff geht jedoch weit über Schulen und Hochschulen hinaus. – Dazu gehört auch der Besuch von Theatern, Opernhäusern, Museen und dergleichen. Aber auch die Leidenschaft am Kulturgenuß muss geweckt werden. Ist das Elternhaus dazu nicht in der Lage, muss diese Aufgabe das Bildungssystem übernehmen. An dieser Stelle verschwimmen die Grenzen zwischen Bildung und Erziehung, aber gerade als Liberale sollten wir den Unterschied zwischen beiden Begriffen niemals außer Acht lassen. Wir müssen uns in einem neuen Grundsatzprogramm klar zu bürgerlichen Werten und Normen sowie ihrer Vermittlung bekennen. Wir wissen aber,

dass dies keine vorrangig staatliche Aufgabe ist, sondern eine gesellschaftliche. Der Staat kann nicht als dogmatischer Erzieher von Untertanen auftreten, seine einzige Aufgabe ist die Schaffung von Chancengerechtigkeit. Die Vermittlung von Werten und Normvorstellungen ist die Aufgabe der Eltern und die der Gesellschaft, denn Freiheitsrechte sind zuallererst bürgerliche beziehungsweise gesellschaftliche Freiheiten, also gerade auch das Recht auf Bildung.

Zur Bildung gehört auch – viel stärker als noch bei der Entstehung der Wiesbadener Grundsätze – der Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln. Das Internet eröffnet bisher ungeahnte Möglichkeiten, weltweit für Menschenrecht und Demokratie einzutreten, es schafft staatlich nur schwer zu zensierende Plattformen für den freien Meinungs- und Gedankenaustausch. Der globale Dialog in Echtzeit ist Element des Wandels zu einer informationsbasierten Gesellschaft. Als Partei, die sich schon immer zum technischen Fortschritt bekannte und in ihm mehr Chancen als Risiken erkennt, müssen wir uns für die Freiheit des Internets sowie unbeschränkten Zugang zu ihm auf der einen Seite und den kritischen Umgang mit seinen Inhalten auf der anderen Seite einsetzen. Doch die zunehmenden technischen Möglichkeiten erfordern auch unser unermüdliches Eintreten für informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz. Staatliches Handeln muss transparent und für jeden jederzeit durchschaubar sein, die Privatsphäre des Einzelnen bedarf aber des unantastbaren Schutzes, den gläsernen Bürger darf es nicht geben. – Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für die freie Entfaltung und Teilhabe an der Bürgergesellschaft.

Diese Teilhabe muss allen Menschen weltweit und nicht nur denen in den entwickelten Industrienationen möglich sein. Ein Grundsatzprogramm muss sich über den nationalen Tellerrand hinaus auch mit internationalen Problemen befassen und für liberale Positionen eintreten. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklungshilfe, die

Deutschland weltweit leistet. Wo ist es unsere Pflicht als „reiche“ Industrienation, helfend und unterstützend einzugreifen, und wo müssen wir auf eigene Entwicklungskräfte vertrauen, um nicht zum entmündigenden und bevormundenden Daueralimentierenden zu werden? Auch hier gilt, dass Hilfe immer Hilfe zur Selbsthilfe sein muss und Bildung der Schlüssel dazu ist. – Was nicht heißt, dass nicht auch zielgerichtetes Eingreifen zur Konfliktvermeidung nötig sein kann und möglich sein muss.

Untrennbar verbunden mit diesem Problemkreis ist auch die Suche nach einer liberalen Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Wie ermöglichen wir Zuwanderern echte Teilhabe an unserer Gesellschaft durch Bildung und demokratische Mitbestimmung? Welche Chancen bietet gerade die qualifizierte Zuwanderung zur Lösung der demografischen Frage in Deutschland? Und welche Rahmenbedingungen müssen dafür gesetzt werden?

Neben klaren Aussagen, wie wir als Liberale die Welt, die uns umgibt, verstehen und wie wir sie für die Zukunft gestalten wollen, erzwingt ein neues Grundsatzprogramm aber auch eine gleichsam „innere“ Auseinandersetzung mit unserem Selbstverständnis als politische Gestalter und aktive Teilhaber am demokratischen Meinungsbildungsprozess. Um überzeugend und glaubwürdig zu unseren Forderungen stehen zu können, müssen wir uns auch offen mit dem Thema „Politik & Ethos“, dem politischen Ethos auseinandersetzen. Welchen besonderen Verhaltensanforderungen muss ein Politiker aus liberaler Sicht genügen und was können wir dazu beitragen? Politiker müssen Verantwortung, Leidenschaft für die Freiheit, Achtung für demokratische Entscheidungen und echtes Interesse an den Sorgen und Nöten der Bürger vorleben.

Uns ist bewusst, dass wir mit unseren Beiträgen zum Grundsatzprogramm keine abschließenden Antworten auf all diese aufgeworfenen Fragen liefern können. – Zum einen, weil es uns bei vielen Themen am spezifischen Fachwissen fehlt, zum anderen, weil einige Fragen so grundlegender Natur sind, dass sie eines breiteren Diskurses sowie des Konsenses benötigen und wir dafür nur Anstöße liefern können. Dennoch möchten wir zu bestimmten Themen unser Wissen und unsere Erfahrungen beisteuern, denn ein Grundsatzprogramm muss neben Begriffs- und Zielbestimmungen auch Lösungsansätze für die Probleme unserer Zeit liefern und somit Zukunftsperspektiven aufzeigen. Ein solches Papier wendet sich nicht nur an die Parteimitglieder und Liberalen als ein allgemeines Handlungsprogramm, sondern soll ein Angebot an alle Menschen sein und darf nicht an den brennenden Fragen, die sie beschäftigen, vorbeigehen. Ein Grundsatzprogramm muss der Kommunikation dienen – zum einen nach innen, über Hierarchien hinweg, zum anderen – und vor allem – nach außen, mit den Menschen – selbstbestimmten, mündigen und freien Bürger in einer lebendigen Demokratie.

Frank Kroschinsky

unter Mitarbeit von Brigitte Böttcher

Sozialstaat Deutschland – Quo vadis?

Über die Alternativlosigkeit einer liberalen Sozial- und Gesundheitspolitik

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Mit diesem schlichten Satz wurde seinerzeit das Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz (Artikel 20) unseres Landes verankert. Die Ursprünge der deutschen Sozialgesetzgebung reichen dabei zurück bis ins 19. Jahrhundert. Die Einführung einer Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung in den 1880er Jahren diente dazu, Not und Verelendung, welche durch die industrielle Revolution in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstanden waren, zu lindern. Durch eine grundlegende soziale Absicherung sollten die Loyalität der Massen gestärkt, sozialer Frieden geschaffen, und der erstarkenden Arbeiterbewegung die Grundlage entzogen werden.

Im Grunde genommen sind Aufbau und Strukturen dieser sozialen Sicherungssysteme bis heute unverändert. Ergänzt wurden sie in den 1920er Jahren um die Arbeitslosenversicherung, sowie in den 1990er Jahren um die Pflegeversicherung, welche somit das jüngste Element der Sozialvorsorge bildet.

Dem Konzept einer sozialen Marktwirtschaft folgend, konnte auf dem Boden einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung in der alten Bundesrepublik seit den 1950er Jahren – neben dem weiteren Ausbau der klassischen Säulen der Sozialversicherung – ein umfassendes Netz an familien-, bildungs- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen etabliert werden.

Auch im Ostteil Deutschlands wurde nach dem Krieg dem Auf- und Ausbau des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens eine hohe Bedeutung beigemessen, freilich unter gänzlich anderen Prämissen und Rahmenbedingungen. In der DDR galt Sozialpolitik, deren Wohltaten die Menschen von der Leistungsfähigkeit der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ überzeugen sollten, als systemimmanent. Dementsprechend waren für die Bürger eine umfassende und unentgeltliche Krankenversorgung, Sozialfürsorge sowie Rentenanspruch und Alterssicherheit selbstverständlich. Das Recht auf Arbeit war, wie auch der Anspruch auf Wohnraum und Erholung, verfassungsrechtlich verbrieft. Der Aufbau eines Netzes von Kindertagesstätten war zwar durch den Arbeitskräftemangel in der ostdeutschen Volkswirtschaft der 1960er und 1970er Jahre motiviert, ist andererseits heute jedoch Kopiervorlage für den Westteil der Bundesrepublik.

Die Garantien für umfassende Sozialleistungen und einen Arbeitsplatz mögen die Ursache dafür sein, dass den Bürgern der neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung eine „Vollkaskomentalität“ in Bezug auf ihre Anspruchshaltung gegenüber einer staatlichen Fürsorge unterstellt wurde. Wenngleich die „gefühlte“ Dichte des sozialen Netzes in der DDR vielleicht höher war, so dürften sich in der Endkonsequenz für die soziale und materielle Sicherstellung die beiden Systeme im Osten und im Westen Deutschlands vor allem qualitativ voneinander unterscheiden haben.

Auch in der aktuellen öffentlichen Diskussion sind soziale Themen immer wieder von hoher Relevanz. Familienförderung, Reform des Gesundheitswesens, Rentensicherung, Pflege von Senioren und Behinderten, Unterstützung von Langzeitarbeitslosen, beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie die immer wiederkehrende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sorgen regelmäßig für Zündstoff. Infolgedessen wird die Einschätzung der politischen Parteien durch die Bürger maßgeblich auch von deren Positio-

nen zu aktuellen sozialen Themen bestimmt. Für die Liberalen gilt da keine Ausnahme, umso mehr, als deren sozialpolitische Kompetenz in der öffentlichen Wahrnehmung der politischen Mitbewerber unterlegen erscheint.

Dabei war es die liberale Bewegung, welche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Gedankengut der französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in die deutschen Länder trug und damit überhaupt den Boden für die Etablierung grundlegender politischer und sozialer Rechte des Bürgertums und jedes Einzelnen bereitete. Gegen Ende des gleichen Jahrhunderts widmeten sich verschiedene linksliberale Parteien und Vereinigungen sozialen Themen. *Friedrich Naumann* hatte eine sozial geprägte Neubelebung des Liberalismus gefordert.⁶ Erst recht in der jüngeren deutschen Geschichte haben Liberalismus und Liberale an der Verdichtung des sozialen Netzes maßgeblich mitgewirkt. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist letztlich eine „neoliberale“ Auffassung von einer modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Und gerade in die Zeit der sozial-liberalen Koalition von 1969 bis 1982 fällt die Einführung zahlreicher sozialpolitischer Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit den Charakter der Bundesrepublik als Wohlfahrtsstaat begründeten.

Der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger dürften diese Hintergründe kaum gegenwärtig sein. Liberalismus, wenn er überhaupt als politische Strömung bewusst reflektiert wird, wird zuallererst mit Wirtschaftspolitik in Verbindung gebracht. Die Sozialpolitik der Liberalen wird demgegenüber klischeehaft mit Sozialabbau, Leistungskürzung und sozialer Kälte assoziiert. Eine starke und kritische Betonung der wirtschaftlichen Realisierbarkeit von sozialpolitischen Maßnahmen verleiht den Inhalten wiederum

⁶ Leuschner, Udo: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus - Friedrich Naumanns „nationalsoziale“ Neubelebung des Liberalismus, <http://www.udo-leuschner.de/liberalismus/liberalismus3.htm>, Stand: 30.01.2011.

einen vordergründig ökonomischen Charakter. Die Diskrepanz zwischen der Erwartungshaltung an staatliche Fürsorge und der vermeintlichen Bedrohung durch einen Rückbau des sozialen Netzes dürfte maßgeblich die Ressentiments gegenüber der FDP begründen.

Insbesondere das liberale Gestaltungsprinzip der Eigenverantwortung des Individuums scheint im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu stehen. Im Lebensgefühl der modernen, postindustriellen Wohlstandsgesellschaft wird das Streben des Individuums nach Befriedigung der materiellen (Grund-)Bedürfnisse zunehmend abgelöst durch den Wunsch nach optimaler Erfüllung seiner sozialen Rolle und seinem Streben nach Selbstverwirklichung in Sicherheit und Gesundheit in einem durch Nachhaltigkeit geprägten Lebensumfeld. *Ralf Dahrendorf* prägte hierfür den Begriff des *Homo sociologicus* – im Unterschied zum *Homo oeconomicus*, dessen Denken und Handeln primär auf die Maximierung seines ökonomischen Nutzens fokussiert sind.

Diese These wird von Ergebnissen zweier bereits vor einiger Zeit durchgeführten Umfragen gestützt. Auf die Frage, ob die damalige schwarz-rote Bundesregierung sich ausreichend um soziale Gerechtigkeit bemühe, antworteten 72 Prozent der 2007 im Auftrag der Wochenzeitschrift *Die ZEIT* Befragten mit „nein“ (West: 70 Prozent, Ost: 71 Prozent). Für die Einführung von Mindestlöhnen sprachen sich 68 Prozent aus (West: 67 Prozent, Ost: 74 Prozent). Und 82 Prozent der Befragten waren für die Rückkehr zu einem Renteneintritt mit 65 Jahren (West: 80 Prozent, Ost: 90 Prozent). Großunternehmen aus den Bereichen Bahn, Telekommunikation und Energieversorgung sahen 67 Prozent der Befragten besser in staatlichem Besitz aufgehoben als in den Händen privater Betreiber (West: 64 Prozent, Ost: 81 Prozent). Hervorgehoben wurde auch, dass selbst Anhänger der FDP in diesen Punkten keine grundsätzlich andere Position einnahmen (zu

wenig soziale Gerechtigkeit: 72 Prozent, für Mindestlohn: 68 Prozent, für Rente mit 65 Jahren: 71 Prozent, für Staatseigentum an Großunternehmen: 57 Prozent). Hinsichtlich ihrer Einordnung im politischen Spektrum schätzten sich 34 Prozent der Befragten als Linke ein (West: 32 Prozent, Ost: 39 Prozent; FDP-Anhänger: 23 Prozent), während sich 52 Prozent der Mitte zuordneten (West: 52 Prozent, Ost: 52 Prozent; FDP-Anhänger: 56 Prozent).⁷

Im Auftrag der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* wurde im gleichen Zeitraum eine Telefonumfrage unter 3 000 wahlberechtigten Deutschen durchgeführt. Dem Wert der Freiheit räumten dabei 76 Prozent der Befragten die höchste Priorität ein, gefolgt von Eigenverantwortung (68 Prozent) und, wiederum, sozialer Gerechtigkeit (67 Prozent).⁸

Mit anderen Worten: Persönliche Freiheit und eigenverantwortliches Handeln haben im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. Trotzdem sieht aber eine Mehrheit bei „Vater Staat“ die Hauptverantwortung für Risikovorsorge, Alterssicherung und wesentliche Bereiche des öffentlichen Lebens.

Gerade für den Liberalen ist dieser Widerspruch jedoch schnell aufzulösen, wenn man die Notwendigkeit zur Risikovorsorge als eine Beschränkung der individuellen Freiheit begreift. In diesem Sinne war für *Karl-Hermann Flach* „der Rechtsanspruch auf Sozialversicherung ... in Wahrheit der wichtigste

⁷ Lau, Jörg (2007): „Viel Sehnsucht, viel Angst – Warum selbst die Wähler von FDP und Union mehr Gleichheit, mehr Staat und mehr Sicherheit wünschen. Eine ZEIT-Umfrage“, in: Die ZEIT – Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur, 62. Jahrgang, Nr. 33.

⁸ Bannach, Karin und Ralf Welt (2007): „Wie viel ist den Deutschen die Freiheit wert? - Die Freiheitsstudie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“, in: liberal - Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, 48. Jahrgang, Juni 2007.

Besitztitel in der industriellen Massengesellschaft.“⁹ Nicht der sei „wahrhaft frei, der alle Lebensrisiken selber trägt ..., sondern derjenige, dem die Angst vor unverschuldeter Not, unberechenbaren Risiken und vor dem Alter genommen wird.“¹⁰ Der Freiheitsbegriff erlangte damit eine soziale Dimension, deren Bedeutung insbesondere dann deutlich wird, wenn die individuelle Handlungsfähigkeit infolge vorübergehender oder dauerhafter Krankheit oder Behinderung eingeschränkt ist.

Wie in anderen Bereichen wird jedoch die Freiheit des Individuums auch in den sozialen Beziehungen und Erwartungen durch die Freiheit der Anderen begrenzt, was maßgeblich die Forderung nach Übernahme von Verantwortung für die eigenen Lebensverhältnisse begründet. In Anbetracht begrenzter Ressourcen bildet somit das Finden ausgewogener Verhältnisse zwischen Eigenleistung und Umverteilung, Selbstverantwortung und Solidarität beziehungsweise Individualität und Gemeinsinn die entscheidende gesellschaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Dieses Gleichgewicht kann und wird in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes einer Dynamik unterliegen. Darüber hinaus kann jedoch eine zu weitgehende oder gar vollständige Freistellung von individueller Verantwortung zu dramatischen Defiziten in der Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft führen, wie das Scheitern der realsozialistischen Gesellschaften bewiesen hat.

Eines der bedeutendsten Handlungsfelder, welches Sozialpolitik zukünftig zu bewältigen hat, liegt in der nachhaltigen Gestaltung des Gesundheits- und Pflegesektors. Trotz aller Diskussionen um Mangel an Ärzten und Pflegekräften, lange Wartezeiten und Investitionsstau nimmt das deutsche

⁹ Karl-Hermann Flach (1977): Noch eine Chance für die Liberalen - Eine Streitschrift, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 33.

¹⁰ Ebd.

Gesundheitswesen im internationalen Vergleich weiterhin eine Spitzenstellung ein. Diagnostik und Therapie, die aktuellen wissenschaftlichen Standards entsprechen, Verfügbarkeit modernster und innovativer Behandlungsverfahren, hohe Versorgungsdichte im allgemeinmedizinischen wie fachärztlichen Bereich und nicht zuletzt die stetig steigende Lebenserwartung der Bevölkerung sind hierfür augenscheinliche Belege.

Qualität hat jedoch bekanntermaßen ihren Preis. Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich in Deutschland im Jahre 2008 auf 263 Milliarden Euro und entsprachen 10,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (das entspricht circa 3 210 Euro je Einwohner).¹¹ Im Vergleich der OECD-Länder findet sich die Bundesrepublik damit nach den USA, der Schweiz und Frankreich auf dem vierten Platz. Seit 1960 hat sich die Höhe des für Gesundheitsleistungen aufgewendeten Anteils vom Bruttoinlandsprodukt etwas mehr als verdoppelt und ist gegenwärtig, trotz des weiteren Anstiegs der absoluten Ausgabenhöhe, sogar wieder leicht rückläufig (1960: 4,8 Prozent; 1999: 10,3 Prozent; 2002: 10,9 Prozent; 2006: 10,6 Prozent). Inwiefern das als Auswirkung repetitiver Gesundheitsreformen zu interpretieren ist und ob eine solche Dynamik in Anbetracht der Bedeutung des Gesundheitssektors als sinnvoll anzusehen ist, kann kontrovers diskutiert werden.

Die zunehmende Verteuerung ist jedoch nur zum Teil durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die wirtschaftliche Situation und die allgemeine Preissteigerung bedingt. Das Hauptproblem liegt in der sich vollziehenden demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Wandel der Bevölkerungsstruktur. Das wird besonders deutlich, wenn man die Gesundheitsausgaben in Abhängigkeit vom Lebensalter betrachtet. Für

¹¹ Statistisches Bundesamt (2009): Gesundheitsausgaben – 2008: 263 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Gesundheit/Gesundheitsausgaben/Gesundheitsausgaben.psml>, Stand: 30.01.2011.

einen Erwachsenen zwischen 30 und 45 Jahren fallen derzeit durchschnittliche Krankheitskosten pro Jahr von circa 1 700 Euro an. Bei Senioren zwischen 65 und 85 Jahren steigt dieser Betrag bereits auf circa 6 500 Euro, und in der Gruppe der Hochbetagten über 85 Jahre beläuft er sich auf circa 15 000 Euro.¹² Das Statistische Bundesamt prognostiziert, dass die Zahl der Menschen zwischen 65 und 80 Jahren von derzeit circa 12,5 Millionen auf etwa 17 Millionen in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts ansteigen wird. Die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) wird sogar von gegenwärtig 3,7 Millionen bis in die 30er Jahre auf circa 6 Millionen und bis 2050 auf 10 Millionen zunehmen. Gleichzeitig wird sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter mit sozialversicherungspflichtigen Einkommen erheblich reduzieren.¹³ In Kenntnis dieser Daten muss man kein Ökonom sein, um die Dimension der vor uns liegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderung zu ermessen. Zu deren Bewältigung erscheint eine grundlegende Neuausrichtung des bestehenden Kassen- und Versicherungssystems mit einer schrittweisen Etablierung kapitalgedeckter Finanzierungsformen, einer Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger sowie einer angemessenen Arzneimittel- und Leistungsvergütung alternativlos. Diese Forderungen gelten nicht nur im Hinblick auf die Sicherung bestehender Standards, sondern vor allem auch für die qualitative Weiterentwicklung des Leistungsangebots. Gerade für die medizinische und menschlich-soziale Betreuung älterer und dauerhaft pflegebedürftiger Menschen wird schon gegenwärtig ein hoher Verbesserungsbedarf gesehen.

Den Liberalen wird häufig vorgeworfen, den Sozialstaat, welcher nicht nur eine gesellschaftliche Errungenschaft darstellt, sondern auch als ein Pro-

¹² Statistisches Bundesamt (2010): Gesundheit – Krankheitskosten 2002, 2004, 2006 und 2008, Fachserie 12, Reihe 7.2, Wiesbaden.

¹³ Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

duktivfaktor die Attraktivität des Wirtschafts- und Lebensstandorts Deutschland ausmacht, erodieren zu wollen. Dabei wird jedoch fälschlicherweise Sozial-„staats“-abbau mit dem Abbau von sozialen Leistungen und sozialer Sicherung gleichgesetzt. Im Gegenteil verfolgt liberale Sozialpolitik das Ziel, die erreichten Sozialstandards zu konsolidieren und zukunftsfest zu gestalten. Gerade dabei sind Sicherheit, Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit neben der Finanzierbarkeit die entscheidenden Zielgrößen. Schrittweise muss es gelingen, die Mitglieder der liberalen Bürgergesellschaft stärker als bisher in die Sicherung und den weiteren Ausbau des sozialen Netzes einzubinden – und das nicht nur im Hinblick auf die materielle Dimension. Hierzu gehören die soziale wie intellektuelle Befähigung zur Wahrnehmung individueller Selbstverantwortung genauso wie die Wiederbelebung eines gesunden Subsidiaritätsprinzips.

Die Wahrnehmung sozialer Verantwortung beginnt bereits bei der eigenen Lebensführung. Aufgeschlüsselt nach der Art der Erkrankung werden die höchsten Krankheitskosten in Deutschland durch Störungen des Herzkreislauf-Systems verursacht (36,9 Milliarden Euro 2008).¹⁴ Bekanntermaßen spielen bei deren Entstehung Lifestyle-Faktoren eine herausragende Rolle. Durch Rauchen werden in Deutschland jährlich Kosten in Höhe von 18,8 Milliarden Euro verursacht (medizinische Versorgung: 5,1 Milliarden Euro, Arbeitsausfall: 13,7 Milliarden Euro).¹⁵ Die volkswirtschaftlichen Kosten für alkoholbedingte Gesundheitsstörungen betragen pro Jahr circa

¹⁴ Statistisches Bundesamt (2010): Gesundheit – Krankheitskosten 2002, 2004, 2006 und 2008, Fachserie 12, Reihe 7.2, Wiesbaden.

¹⁵ Leidl, Reiner (2003): „Die Kosten des Rauchens für das deutsche Gesundheitswesen“, in: Wirtschaftliche und gesundheitliche Aspekte des Tabakrauchens in Deutschland - Beiträge der Konferenz vom 31. März und 1. April 2003 im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung.

20 Milliarden Euro.¹⁶ Und auch für Krankheiten infolge von Fehlernährung und Fettsucht dürften Aufwendungen in ähnlicher Höhe anfallen, wenngleich die genaue Kostenermittlung aufgrund der vielfältigen Auswirkungen diffizil ist. Obwohl es überaus trivial und redundant erscheinen mag, so besteht doch in der Motivierung zu einer gesunden und maßvollen Lebensweise ein erhebliches Potential zur Entlastung der chronisch angespannten Finanzlage im Gesundheitssektor. Wichtige Ansatzpunkte hierfür liegen bereits im Kindes- und Jugendalter, somit in Familie und Schule, wo Ernährungs-, Leistungs- und Freizeitverhalten maßgeblich geprägt werden.

Die Grundlage, um sich finanziell für die eigene Risiko- und Altersvorsorge engagieren zu können, stellt ein verlässliches, die Existenz sicherndes und Vorsorge ermöglichendes Einkommen dar. Folgerichtig wird daher die Schaffung sicherer Arbeitsplätze als bedeutsame sozialpolitische Maßnahme angesehen. Wirtschaftspolitik wird somit zu einer wichtigen Säule von Sozialpolitik, denn nur eine prosperierende Wirtschaft kann über versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse einerseits sowie die Sicherung eines entsprechenden Steueraufkommens andererseits ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.

Demgegenüber ist zu hinterfragen, ob das Dogma vom permanenten Wachstum der Güterproduktion als Basis gesellschaftlicher Gestaltungs- und Entwicklungsprozesse noch realistisch ist. Hier lässt sich die These vom zunehmenden Bedarf nach neuen Beschäftigungsformen aufgreifen, welche die Arbeit in der Familie, die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder Nachbarn, das soziale Engagement in der Kommune oder in Einrichtungen des Sozial- und Bildungssektors aufwertet und angemessen

¹⁶ Bergmann, Eckardt und Kerstin Horch (2002): Kosten alkoholassoziierter Krankheiten – Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, Berlin.

bewertet. Angesichts seiner Analyse der tiefgreifenden Veränderungen in der postindustriellen Gesellschaft sieht der Sozialwissenschaftler *Meinhard Miegel* „für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ... die Zeit gekommen ..., sich von den Wertschöpfungs- und Verteilungsstrukturen, die unter historischen Bedingungen entstanden sind, zu lösen und zeitgemäße Formen für die Erlangung von Einkommen, Transferansprüchen, sozialer Einbindung und gesellschaftlichem Status zu entwickeln.“¹⁷ Zusätzlich muss in der Bevölkerung die Motivation gestärkt werden, Sozialleistungen, welche für sich und die Familie in Anspruch genommen werden, stärker als bisher zulasten konsumtiver Bedürfnisse abzusichern. Die insbesondere durch die FDP wiederholt eingeforderte Reform des Abgaben- und Steuersystems könnte den Bürgern hierfür finanzielle Freiräume eröffnen.

Der durch die deutliche Zunahme des Anteils von Senioren in der Bevölkerung gekennzeichnete demografische Wandel wird die Nachfrage nach Sozial-, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen verschiedenster Art enorm anwachsen lassen. Zur Deckung dieses Bedarfs werden privatwirtschaftliche Strukturen in hohem Maße beitragen müssen. Darüber hinaus wird der Gesundheits- und Sozialmarkt eine hohe volkswirtschaftliche (Wertschöpfung), beschäftigungspolitische (Arbeitsplatzgenerierung) und gesellschaftliche (soziales Netz) Bedeutung erlangen. Hintergrund hierfür bildet die These, nach der für die Entwicklung von Volkswirtschaften langfristigen Wachstumswellen charakteristisch sind, die sich über einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren erstrecken (Kondratieff-Zyklen). Ausgelöst werden diese Zyklen durch bedeutende Innovationen, wie zum Beispiel die Entwicklung der Computer- und Informationstechnologie in den 1980er Jahren. Letztere induzierte den fünften Kondratieff-Zyklus, in welchem wir

¹⁷ Miegel, Meinhard (2010): EXIT – Wohlstand ohne Wachstum, Berlin: Propyläen Verlag.

uns gegenwärtig noch befinden. Der Wirtschaftstheoretiker *Leo A. Nefiodow* postuliert, dass der bevorstehende neue Zyklus durch eine rasante Entwicklung des Gesundheitssektors dominiert sein wird.¹⁸ Basisinnovationen werden dabei aus der Bio- und der Gentechnologie resultieren. Die prognostizierte demografische Struktur sowie die globale Zunahme des allgemeinen Lebensstandards und des Bildungsniveau könnten dabei zur Triebfeder einer solchen konjunkturellen Phase werden. Basierend auf dieser Annahme könnte der Entwicklung von hochqualifizierten akademischen Gesundheitsfachberufen, der Ausbildung von medizinischem Assistenzpersonal sowie differenzierten Pflege- und Sozialberufen eine wichtige Rolle für die Beschäftigungspolitik zukommen und damit gleichzeitig die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb gestärkt werden.

Die Bundesrepublik gehört zu den reichsten Industrienationen der Welt. Der Lebensstandard der Bevölkerung hat seit vielen Jahren ein Niveau erreicht, welches die Befriedigung der physiologischen und materiellen Grundbedürfnisse für jedes Individuum gewährleistet. Vor diesem Hintergrund haben darüber hinausgehende Bedürfnisse nach Sicherheit und sozialem Wohlbefinden heute im Bewusstsein der Bürger eine zentrale Bedeutung erlangt. Dieser Entwicklung müssen politische Prozesse und Entscheidungen Rechnung tragen, umso mehr, als in diesen Themen grundlegende Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens gestaltet werden. In den westlichen Wohlfahrtsstaaten hat Sozialpolitik weitgehend die Aufgabe verloren, negative Auswirkungen von überkommenen Produktions- und Lebensverhältnissen auszugleichen. Vielmehr muss das Streben nach sozialer Sicherheit als integraler Bestandteil einer gestaltenden liberalen

¹⁸ Nefiodow, Leo A. (2006): *Der sechste Kondratieff – Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information*, 6. Auflage, Sankt Augustin: Rhein-Sieg-Verlag, S. 48 ff.

Gesellschaftspolitik wahrgenommen werden können. So wie es im 19. Jahrhundert dem Liberalismus gelang, die Gesellschaft von absolutistischer Willkür und wirtschaftlichen Schranken zu befreien, so kommt ihm im 21. Jahrhundert die Aufgabe zu, Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedes Individuum seine sozialen Bedürfnisse nach Geborgenheit, Selbstverwirklichung und Anerkennung optimal verwirklichen kann. Erfolg oder Scheitern in dieser Herausforderung werden über die Zukunft der liberalen Idee entscheiden.

Abschließend soll auf die bemerkenswerte Aussage zum Zusammenhang zwischen den Kategorien Freiheit und Glück hingewiesen werden, die in einer Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach getroffen wurde. Es zeigte sich, dass Personen, die sich sehr frei fühlten, dies nicht nur mit dem Wahrnehmen von Verantwortung (69 Prozent), dem Geradestehen für eigene Fehler (67 Prozent) und der Verpflichtung sich anzustrengen (39 Prozent) verbanden, sondern sich darüber hinaus auch in höherem Maße als glücklich einschätzten. Dieser Befund veranlasste die Autoren zu der Bewertung, „daß [sic] Glück nicht durch besonders viel Freizeit, möglichst große soziale Sicherheit oder eine Vielzahl von Freizeitangeboten gefördert wird, sondern durch Aktivität, die Möglichkeit, selbständig und eigenverantwortlich zu handeln.“¹⁹

Ganz in diesem Sinne muss liberale Politik in Zukunft die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, die dem Bürger Motivation und Chance geben, auch bei der sozialen Sicherstellung und Altersvorsorge eigenverantwortlich und mündig sein Glück mitzugestalten. Eine Alternative hierzu gibt es nicht!

¹⁹ Institut für Demoskopie Allensbach (2003): Der Wert der Freiheit – Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen, Allensbach.

Zusammenfassende Thesen:

- Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheits- und Wohlfahrtssystem, dessen Finanzierbarkeit infolge des demografischen Wandels, des wissenschaftlichen Fortschritts, eines begrenzten Wirtschaftswachstums sowie hoher Erwartungen an die Grenzen gerät.
- Der Mensch ist primär ein soziales Wesen. Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, Anerkennung, Sicherheit und sozialem Wohlbefinden hat heute im Bewusstsein der Bürger eine zentrale Bedeutung erlangt. Das Streben nach sozialer Freiheit muss als integraler Bestandteil einer gestaltenden liberalen Gesellschaftspolitik wahrgenommen werden können.
- Wie in anderen Bereichen wird die Freiheit des Individuums auch in den sozialen Beziehungen und Erwartungen durch die Freiheit der Anderen begrenzt, was maßgeblich die Forderung nach Übernahme von Verantwortung für die eigenen Lebensverhältnisse begründet.
- Der Gesundheits- und Sozialmarkt wird in Zukunft eine herausragende volkswirtschaftliche (Wertschöpfung), beschäftigungspolitische (Arbeitsplatzgenerierung) und gesellschaftliche (soziales Netz) Bedeutung erlangen.
- Wirtschaftspolitik stellt eine bedeutende Säule von Sozialpolitik dar, da nur eine prosperierende Wirtschaft über versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse einerseits sowie die Sicherung eines entsprechenden Steueraufkommens andererseits ausreichend Mittel zur Verfügung stellen kann.

- In Anbetracht begrenzter Ressourcen ist das Finden ausgewogener Verhältnisse zwischen Eigenleistung und Umverteilung, Selbstverantwortung und Solidarität beziehungsweise Individualität und Gemeininn die entscheidende gesellschaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

Brigitte Böttcher

Freiheit, Leistungsbereitschaft und subjektives soziales Wohlfühl

Persönliche Reflexionen zum Bildungsbereich

Die Definition des Gesundheitsbegriffes laut Weltgesundheitsorganisation erklärt Gesundheit nicht nur als Freisein von Krankheit, sondern schließt subjektives Wohlfühl unter bio-psycho-sozialem Aspekt ein. In keinem anderen Bereich der Gesellschaft vollzieht sich die Integration des Einzelnen so elementar wie in der Schule. Bedingt durch das Recht auf Bildung, aber auch die Schulpflicht, besteht Angewiesenheit auf die Institution Schule und Abhängigkeit von ihr. Es liegt in der Natur der Sache, dass man eine Schule nicht so unkompliziert wechseln kann wie jede andere Dienstleistung der freien Marktwirtschaft.

Qualitätskriterien einer guten Schulpolitik sollten den Grundlagen einer modernen Gesundheits- und Sozialpolitik nicht entgegenstehen. Kinder sind in ihrer Unmündigkeit besonders abhängig von guten, förderlichen Beziehungen in der Schule: Es geht um ein günstiges, heilkräftiges Klima, das Neugier auf Neues und Bereitschaft zum ausdauernden Lernen entsprechend den individuellen Gegebenheiten weckt (*favourable climate*), denn die Erhaltung der Gesundheit erfordert wesentlich geringere finanzielle Mittel als ihre Wiederherstellung im Krankheitsfall durch die kurative Medizin.

Um Prävention ganzheitlich zu ermöglichen, sind auch wissenschaftliche Erkenntnisse der Beziehungsmedizin erforderlich sowie die qualifizierte Umsetzung dort, wo Bildung stattfindet:

- Im öffentlichen Bereich der Schule braucht es für Lehrer und Schüler gleichermaßen Bewusstheit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in öffentlichen Einrichtungen mit Gemeinschaftscharakter. Sich zugehörig zu fühlen ist eine sichere Basis.
- Pädagogen brauchen zu ihrem eigenen Arbeits- und Gesundheitsschutz Fortbildung und Akzeptanz dafür durch die entsprechenden Ämter.
- Problemverhalten einzelner Schüler kann sehr schnell eine Pforte zum Außenseiterdasein, zur Aggressionen gegenüber Lehrern und gegen andere werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse der Beziehungsmedizin brauchen zur Vorbeugung Übertragungsvarianten für den Schulalltag.
- Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen ist – laut Studien – auffällig. Die Schule ist nicht Ursache, aber die Zunahme von psychisch mitbedingten Störungen aufgrund ungünstiger Familienkonstellationen bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Schulalltag.
- Über- oder Unterforderung, Angst und Stress können den Schulalltag belasten, wenn das Gefühl eines qualifizierten Rahmens fehlt oder keine Freiräume möglich sind.
- Schulverweigerung und Außenseitergefühle werden zu ökonomischen Faktoren, weil sie in der Folge Kosten verursachen, anstatt die mögliche individuelle Leistungsbereitschaft zu erhalten oder angemessen zu fördern.
- Es bedarf für den Schulbereich qualifizierter Multiplikatoren mit Fachwissen im Verbund, welche günstige Zeichen setzen, zum Beispiel einen mobilen „Fachpool“, auf den bei Bedarf frei zugegriffen werden kann.

- Der jugendärztliche Dienst und die schulärztlichen Möglichkeiten sind nicht ersetzbar.
- Der Einsatz unkoordinierter Hilfskräfte aus Kostengründen kann den auf Gruppen bezogenen Schulalltag zusätzlich belasten.
- Es empfiehlt sich, das Fachwissen von Kliniklehrern und Lehrkräften von Sonder- und Förderschulen, wie auch der Hochbegabtenförderung aufzuschlüsseln, um professionelles Erfahrungswissen für den Regelschulbereich angemessen zu integrieren.
- Lehrer bedürfen einer höheren gesellschaftlichen Würdigung für ihre pädagogische Leistung. Es braucht eine klare Verantwortungsstruktur in der Schule durch die Person des Lehrers, der für seine Klasse verantwortlich ist.

Auf den Punkt gebracht für Gesundheit und Bildung bedeutet dies:

- Individuelle Leistung von Kindern und Jugendlichen braucht für den Schulalltag einen gesellschaftlich-sozialen Rahmen zum Schutz und Freiraum gleichermaßen.
- Therapeutische Erkenntnisse sind für vorbeugende Gesundheits- und Bildungsvisionen ein Erfahrungsschatz mit Zukunftswert!
- Schulethik, Schulrecht und Schulhygiene (als Gesamtbegriff für eine gesundheitsförderliche Atmosphäre) müssen bei bildungspolitischen Grundsatzdiskussionen einen höheren Stellenwert erhalten.
- *„Die Schule der Demokratie ist die Schule.“²⁰*
- Staatliche Pflicht- und Kontrollaufgaben im öffentlichen Bereich der Schule müssen transparent und prüfbar sein bezüglich „Unterlassung“ oder Amtspflichtverletzung.

²⁰ Hamm-Brücher, Hildegard (1996): Freiheit ist mehr als ein Wort – Eine Lebensbilanz, 1. Auflage, Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Torsten Hilbrich

Verwelkende Landschaften und vereinzelte blühende Oasen

Die Städte und Gemeinden in Deutschland stehen infolge der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen. Ein Voranschreiten der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung bedeutet, dass die Einwohnerzahl in Deutschland auf circa 68,5 Millionen bis zum Jahr 2050 sinkt.

Die Teilung in Deutschland wird jedoch fortleben. – Nicht in den Köpfen der Menschen, dies wird sich schon in der nächsten Generation ausgewachsen haben. Die vorhandene und bleibende ökonomische Teilung ergibt sich aus wirtschaftlichen Kennziffern, Strukturdaten, Wanderungsbewegungen, Lohnsätzen und Exportquoten. Wachstumsregionen rund um große Städte wie Berlin, Dresden, und Leipzig sowie in den alten Bundesländern (um Hamburg, München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover und Köln) werden im krassen Gegensatz zu den sterbenden Dörfern in den neuen Bundesländern, aber auch im Sauer- und Münsterland, in der Eifel sowie in den ehemaligen Zonenrandgebieten stehen. Dabei werden viele dahinsiechende Landstriche vor allem in den neuen Bundesländern, die pulsierenden Städte aber hauptsächlich in den alten Bundesländern liegen. Von einer Angleichung der Lebensverhältnisse kann und wird in den nächsten 50 Jahren, also innerhalb der nächsten zwei Generationen, keine Rede sein.

Ostdeutschland wird vom demografischen Wandel und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel früher und viel härter getroffen als der Westen der Bundesrepublik. Mit sinkender Einwohnerzahl schrumpft auch die Nachfrage nach Leistungen aller Art. Zugleich fehlen dem kleinteiligen Mittelstand in Ostdeutschland Ankerunternehmen, die eine ganze Region prägen können. Es fehlen sowohl forschungsnahe Unternehmen als auch wissensintensive Dienstleistungen. Die Wertschöpfung der Bundesrepublik

findet so hauptsächlich im Westen statt, der Osten kann höchstes weiter als verlängerte Werkbank dienen.

In den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fehlen in Deutschland heute bereits 76 000 Akademiker. Nach Angaben des Stifterverbandes für die Wissenschaft werden es im Jahr 2020 über 200 000 sein. Jedes dritte Unternehmen empfindet den Fachkräftemangel als größtes Risiko für die kommenden Jahre, ergab kürzlich eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages. Bei einem prognostizierten Fachkräftemangel von zwei Millionen Beschäftigten in den nächsten zehn Jahren werden die kleinen und mittelständigen Betriebe im Osten bei dem Wettbewerb um junge und gut qualifizierte Mitarbeiter mit den DAX-Arbeitgebern im Westen nicht mithalten können. Die Spirale aus Abwanderung, Geburtenrückgang und Überalterung in den sich ausdünnenden Landstrichen wird sich so schneller und schneller drehen und die Landschaften immer weiter verwelken.

Wie kann eine liberale Entwicklungspolitik für unsere Städte und ländliche Regionen aussehen?

Renaissance der Innenstädte

Durch die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren ist das Konzept der autogerechten Stadt mit grünen Wohnsiedlungen am Stadtrand und Arbeiten, Freizeit sowie Einkaufen im Zentrum gescheitert. Die Zukunft gehört nun vielmehr ökologisch ausgerichteten Städten, die zwar dicht bebaut sind, aber dennoch sparsam mit Ressourcen umgehen, über eine autarke Energieversorgung verfügen, ihre Verkehrsströme nicht nur im Individualverkehr begrenzen und sogar die Landwirtschaft zur Nahversor-

gung wieder in ihre Mitte holen (zum Beispiel Umwandlung leer stehender Bürotürme und alter Fabrikhallen zu Gewächshäusern).

Liberales Ziel muss es sein, eine Entkopplung des urbanen Wachstums vom Verbrauch der Ressourcen zu erreichen. Der nachhaltigen Stadtentwicklung fällt daher eine Schlüsselrolle beim schonenden Umgang mit Umwelt, Naturschätzen und Klima zu.

Um die Infrastrukturkosten zu senken, muss sich die Stadtentwicklung auf einen vitalen Stadtkern konzentrieren, während an der Peripherie gezielt ganze Wohnsiedlungen samt der im Boden liegender Ver- und Entsorgungsleitungen zurückgebaut werden. Um Energie, Flächenverbrauch, Pendlerströme und Verkehr zu reduzieren, wird sich eine Stadt der kurzen Wege, in der Arbeit, Wohnen und Freizeitgestaltung wieder zusammenschließen, durchsetzen. Eine Individualisierung des öffentlichen Nahverkehrs ist dabei innerhalb weniger Jahre durchaus denkbar. Kleinere Busse mit Elektroantrieb werden die heutigen Busse und einen Teil der Straßenbahnen ablösen. Sie werden nur noch bei Bedarf verkehren und ihre Passagiere wie Taxis vor der Haustür abholen.

Zugleich möchten die älteren Generationen in unserer Gesellschaft ein selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren. In Deutschland sind zurzeit von circa 39 Millionen Wohnungen nur 250 000 Wohnungen mit einem altersgerechten Standard ausgestattet. Wenn der Grundsatz „Wohnen statt Pflege“ nicht an fehlenden baulichen Voraussetzungen scheitern soll, werden mittelfristig circa 12 Millionen solcher Wohnungen benötigt.

Landschaftspflege

Das „Essen auf Rädern“ wird in den ländlichen Regionen viele unterschiedliche Nachahmer finden. „Ärzte auf Rädern“ werden die medizinische Versorgung sicherstellen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln wird großflächig und in einem viel größeren Umfang als bisher mit Lebensmittelbussen sowie Bäcker- und Fleischerverkaufswagen erfolgen. Mobile Sparkassen, Bürgerbüros, Friseure, Schuster et cetera werden in den Gemeindezentren das Bild prägen. Im Schulbereich werden Schüler unterschiedlichen Alters die Grundschule als Ein-Klassen-Schule besuchen. Die älteren Schüler werden, damit sie überlange Schulwege nicht in Kauf nehmen müssen, über sogenannte „Teilinternate“ ihre schulische Ausbildung beenden.

Der demografische Wandel wird eine wesentlich stärkere Zentralisierungswelle der Landkreise, der kreisfreien Städte und selbstständigen Gemeinden als bisher hervorbringen. Die Kommunen müssen und werden aus ökonomischen Zwängen stärker kooperieren und bestimmte Leistungen aufteilen. Dies gilt vor allem bei den Betreuungsdiensten, der Schul- und Vorschulversorgung, der Finanzverwaltung, der Datenverarbeitung sowie der Wasser- und Abwasserwirtschaft.

Die Aufrechterhaltung der zentralen Ver- und Entsorgung kleinerer Gemeinden, Ortsteile und einzelner Höfe wird schon mittelfristig nicht mehr erreichbar sein. In ausgedünnten, fast bevölkerungslosen Gebieten ist es wirtschaftlich sinnvoller, gezielt kleine autarke eigenständige Inseln zu schaffen, anstatt überdimensionierte Ver- und Entsorgungsleitungen gebrauchsfähig und instand zu halten. Technische Lösungen stehen schon jetzt dafür im ausreichenden Umfang bereit. Ihr Einsatz muss seitens der Politik gezielt gefördert und gefordert werden.

Der Rückbau in den ländlichen Gebieten kann nur langfristig und exakt geplant sowie behutsam umgesetzt werden. Dies bedeutet nicht, dass diese Gebiete auf Dauer unbewohnt bleiben sollen, sondern es müssen schon beim Rückbau die Grundsteine für einen möglichen Neuanfang gelegt werden.

Zielsetzung

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland werden ohne grundlegende Veränderungen der Politik nicht zu verkraften sein. Dabei sollen im Mittelpunkt die Chancen für Veränderungen stehen. Die dabei notwendigen Diskussionen und Strategieentwicklungen müssen nicht nur in den Hinterzimmern der Politik, sondern im breiten Rahmen offen und ohne Tabus mit der Bevölkerung geführt werden.

Ralf Hasselbach und Thomas Gottwald

Thesen für eine liberale Energie- und Umweltpolitik

1. Aufgabe einer Politik für die Bürger muss es sein, die aktuelle Umwelt- und Energieforschung kritisch zu hinterfragen und sich damit zunächst neutral dazu zu verhalten. Die Mittelbereitstellung für diese Forschung sollte flexibel gestaltet sein, ohne einseitig bestimmte Technologien zu bevorzugen.
2. Die deutschen Liberalen müssen sich für Technologien einsetzen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken.
3. In der Bevölkerung ist die allgemeine Einsicht vorhanden, natürliche Ressourcen schonen zu müssen. Ziel liberaler Politik muss es deshalb sein, die Effizienz der Energienutzung und -gewinnung zu erhöhen, um Kosten zu sparen sowie eine saubere Umwelt zu bewahren.
4. Internationale Energie- und Umweltpolitik gibt die Rahmenbedingungen für die nationale Politik vor und muss aktiv ausgestaltet werden, um die nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Als rohstoffarmes Land haben wir ein existenzielles Interesse daran, eine effiziente Nutzung von Energie und einen schonenden Umgang mit der Natur zu gewährleisten. Ziel muss es sein, die deutsche Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffmärkten zu verringern.
5. Auf Länder- und auf kommunaler Ebene müssen die gesetzlichen Vorgaben der Bundesrepublik auf die besonderen regionalen Bedingungen abgestimmt werden. Wenn sich die FDP in diesem Bereich nachhaltig engagiert, erreicht sie vor Ort eine höhere Präsenz und kann liberale Standpunkte besser kommunizieren. Dies führt zu einer größeren Akzeptanz bei den Bürgern.

6. Die FDP muss die Entwicklung von Infrastrukturen unterstützen, die einen umweltgerechten Individualverkehr fördern. – Hierzu zählen Fahrräder, Fahrzeuge mit Elektroantrieben und solche mit hoch-effizienten, umweltfreundlichen Antrieben. Zusätzlich müssen sich die Liberalen für attraktive öffentliche Verkehrsmittel einsetzen, die innovative Konzepte nutzen und damit einen Beitrag zu einer Verbesserung der Energiebilanz leisten.
7. Die FDP muss sich dafür einsetzen, dass alle Energieflüsse öffentlicher Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen transparent und für den Bürger nachvollziehbar veröffentlicht werden. Alle zur Verfügung stehenden medialen Möglichkeiten sollten genutzt werden, um diese Daten zu publizieren.
8. Fundiertes Wissen über ökologische und physikalische Zusammenhänge ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche liberale Energie- und Umweltpolitik. Dies setzt voraus, dass in der schulischen Ausbildung bereits die Grundlagen hierfür vermittelt werden, um das Bewusstsein für dieses Thema frühzeitig zu fördern.

Hans-Georg Menzer

Energie- und Umweltpolitik

Ein Diskussionsbeitrag

Zur Umwelt

Keine Sache ist politisch so missbraucht und ideologisiert worden wie die Umwelt- und Energiepolitik. Der Mensch ist ein Produkt der Natur, ausgerüstet mit Verstand, geprägt von der Natur, ist von ihr abhängig und muss gegen sie um seine Existenz ringen.

Die Machtausübung des Menschen über Menschen als Mittel zur Organisation des Zusammenlebens ist missbraucht worden – im Fall der Energie- und Umweltpolitik zum Machterhalt. Durch Angstsznarien wird eine Zielsetzung vorgegeben, die mit Sicherheit zum Untergang führt. Dabei ist der Umgang mit der Natur längst zu einer der wichtigsten Existenzfragen der Menschheit geworden. War es früher die Prophezeiung des Untergangs der Welt durch Überbevölkerung, so ist es heute die Klimadiskussion, die ein Untergangsszenario auf die Menschheit einwirken lässt. Die Evolution hat aber gezeigt, dass eine notwendige Selbstregulierung, bestehend aus Achtung und Vernunft im Umgang mit der Natur und den Lebensbedingungen zur Erhaltung der Art und zur Entwicklung der Menschheit geführt hat.

Die Liberalen haben in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch Innenminister *Hans-Dietrich Genscher* Umwelt und Energie in das Bewusstsein der Menschen geholt. Die Programme weisen gute Inhalte auf, sind aber letztlich an den Menschen selbst gescheitert, weil ihre Interessenlage in der Summe eine andere war als die Zielsetzungen der Programme.

Die Umweltziele müssen in Einklang von Menschen und Umwelt gebracht werden.

Grundsatzziele:

- Die Natur entwickelt sich nach Gesetzen, die auch für die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur gelten müssen. Das System der Selbstregulierung im kybernetischen Sinne sollte Grundlage aller Handlungen der Menschheit sein. (*Beispiel:* Abgestorbene Dinge werden ohne Nachwirkung wieder in den Neuaufbau integriert.)
- Die Schaffung der Lebensbedingungen für immer mehr Menschen und die begrenzten Ressourcen der Erde setzen einen effizienteren Verbrauch beziehungsweise eine komplexe Wiederverwendung der Materialien voraus. Ebenso ist Wachstum mit den Regeln der Natur in Einklang zu bringen. (*Beispiel:* Wachstum und Niedergang in den Jahreszeitenzyklen)
- Die Aufklärung über Zusammenhänge des Lebens, Zyklen, Ursache und Wirkung müssen Gedankengut der Menschheit werden. Umweltbildung muss Bestandteil menschlichen Empfindens und des Lebenserhalts werden.

Zur Energie

Letztlich bestimmt die Energiebereitstellung unser Lebensniveau und wird damit zum bestimmenden Faktor im Umgang mit der Natur. Der bisherige Ansatz der Energieeinsparung und die Umstellung auf alternative Energien ist keine Lösung. Auch hier macht die Natur es uns mit der Sonne vor, wie die Energiebereitstellung im Optimum erfolgen sollte – nahezu unbegrenztes Angebot, Wachstum und ständiger Neubeginn. Die Wirkung der Sonne als Motor für Wachstum und Entwicklung der Natur sowie als Energiequelle sollte Zielstellung der Energiepolitik werden.

Grundsatzziele:

- Der Wirkungsgrad von Energieumwandlung muss verbessert, die Energiedichte erhöht und der spezifischen Energieverbrauchs verringert werden, denn eines der Hauptprobleme der Menschheit ist die Belastung der Umwelt durch ungenügende Beherrschung der Energieumwandlung.
- Neue Prinzipien und Technologieprozesse für Bewegung, Transport und Heizung müssen gesucht und angewendet werden.
- Die Bewusstseinsbildung der Bedeutung der Energie für unser Leben muss angeregt werden. Dies gelingt nur, wenn elementare Zusammenhänge exakter dargestellt werden.
- Die marktwirtschaftlichen Mechanismen des Austauschs müssen durch biologische Wirkungsmechanismen, wie zum Beispiel Bioregulierung und biologische Wettbewerbsanalysen, erweitert werden.

Martin Pätzug und Jana Licht

Solidarität

Anamnese eines Begriffs in der sozialstaatlichen Realität

Die Liberalen in den neuen Ländern sitzen auf einem ungeheuren Schatz, einem rohen Diamanten. 40 Jahre Überleben in einer Diktatur schärfen den Blick für gelebten oder gepredigten Zusammenhalt. Die Unterstützung in der Familie, in der Nachbarschaft und in den Betrieben war die mentale und oftmals auch wirtschaftliche (Über-)Lebensgrundlage. Diese Gemeinschaften sind selbstverständlich eigennützig, zweckmäßig, endlich sowie ganz und gar unheilig. Sie wirken bis heute – zusammen, unverbrüchlich, als Einheit, im wahren Wortsinn solidarisch (vom lateinischen *solidus* für „echt“ oder „fest“). Die bundesrepublikanischen Neubürger haben ein eigenes, praktisches, unverklärtes und unverkrampftes Verständnis von Solidarität entwickelt, das oftmals im Gegensatz zur teils bizarren gesamtdeutschen Folklore um diesen Begriff steht. Das (Er-)Leben von echter und vermeintlicher Solidarität ist Scheidemarke und Initiationsritus für gesellschaftliches (Er-)Leben.

Solidarität als Konzept ist ein tradiertes, vertrautes, durch soziale Rituale abgesicherter und wirkungsvoller Mechanismus. Sie ist das Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens, das Gefühl von Individuen, zusammenzugehören. Dieses Gefühl ermöglicht dem Einzelnen worauf er zum Leben unabdingbar angewiesen ist: soziale Gemeinschaft. Mitglieder einer Gruppe ordnen sich einem gemeinsamen Ziel unter, übernehmen gemeinsam Verantwortung, stehen gemeinsam ein für Erfolg und Misserfolg. Solidarität ist praktisch gelebtes Zusammengehörigkeitsgefühl, sie macht aus Einzelkämpfern Verbündete.

Es stellt sich also angesichts der modernen, komplexen Gesellschaft mit ihren vielgestaltigen Lebensformen die Frage, wie echte Solidarität gelebt werden kann. Solidarität richtet sich auf die Gruppe, die spezifische *Solidargemeinschaft*, und verlangt dem Einzelnen Bindung sowie Einsatz ab. Dies steht scheinbar im Widerspruch zu der Forderung nach individueller Freiheit. Aber gerade eingedenk der Tatsache, dass für einen Liberalen Solidarität immer auf Freiwilligkeit beruht, löst sich dieser vermeintliche Gegensatz auf. Die freie wahrgenommene Selbstverantwortung macht eine mögliche Ausgestaltung der Verantwortung für andere konkret. Daher sind Solidarität und Freiheit kein Widerspruch. Solidarität ist der Weg der gemeinsamen Verantwortung und des gemeinsamen Erfolgs auf Grundlage der individuellen Freiheit. Solidarität ist der Anknüpfungspunkt, an dem aus sozialen Gemeinschaften eine freie und *solide* Gesellschaft entstehen kann. Sie garantiert den Zusammenhalt einzelner Gruppen und weist, wenn sie frei gelebt wird, gleichzeitig über ihre Grenzen hinaus.

Der Begriff der Solidarität ist prägend für die aktuellen Debatten um den Sozialstaat. Es wird solidarischeres Verhalten eingefordert, die Solidargemeinschaft wird beschworen. All diese Forderungen laufen jedoch ins Leere, da sich die Forderung an die Gemeinschaft als Ganzes richtet, oder – abwegiger noch – an den Staat selbst. Die kodifizierte materielle Solidarität des Staates ist das Sozialgesetzbuch I – XII: zu teuer, zu ineffizient und zu ineffektiv, folglich ungerecht und damit unsolidarisch. Die immaterielle Komponente von Solidarität, das Gefühl der Zugehörigkeit und des Beistandes, kann der Staat als Institution nicht leisten. Er wäre damit heillos überfordert. Die Definition der Bundesrepublik Deutschland als „sozialer Staat“ gemäß dem Grundgesetz kann also nur und ausschließlich die materielle Komponente von Solidarität erfassen, die immaterielle lässt sich nicht verbindlich festschreiben.

Das Konzept der Solidarität ist so einfach und so bestechend, dass die Verlockung nicht weit ist, es auf andere Szenarien der Inanspruchnahme auszudehnen. Die schicksalhafte Solidargemeinschaft wurde überall dort erfunden, wo das Staatsvolk zu ungeheuren Opfern und Leistungen motiviert werden soll, die weit über die Leistungsbereitschaft und die Visionskraft des Einzelnen hinausreichen: die Solidarität des Volkes im Krieg, die Solidarität der Staaten, die Solidarität gesellschaftlicher Klassen und Schichten in der Auseinandersetzung um die Wohlstandsverteilung, die Solidarität der Generationen für einen gerechten Rentenausgleich, die Solidarität der Gesunden mit den Kranken und die Solidarität mit den Opfern von Naturkatastrophen, um nur einige zu nennen.

Solidarität in ihrer ursprünglichen Form wird abgelöst und wandelt sich zur Wohlfahrt, zur Abgabe, zur Bürgerpflicht, zur Steuer, zum Blutzoll. Die Motivation, der gemeinsam getragene Zweck und die Freiwilligkeit treten immer weiter zurück und damit auch die Leistungsfähigkeit sowie Sinnhaftigkeit der beschworenen Solidargemeinschaft. Das Konzept der Solidarität wird verwaschen, entwertet und – wenn man so will – entweiht. Die Ausdehnung und Überforderung des Solidaritätsbegriffes machen ihn zur leeren Worthülse. Eine Rückbesinnung auf die eigentliche Bedeutung ist dringend notwendig. Nur, wenn die mit dem Solidaritätsgefühl einhergehende Freiheit zur Verantwortung wieder ins Zentrum des gesellschaftlichen Bewusstseins rückt, kann es seine bindende und damit dauerhaft stabilisierende, für die Gesellschaft überlebenswichtige Wirkung entfalten.

Spätestens im Kontrast zu den sozialistischen egalitären Wirtschaftsstrukturen waren die klassischen Solidarinstitute der bürgerlichen Gesellschaft überfordert, ein immer noch besseres und attraktiveres Angebot zu bieten. Die praktische Solidarität für die Bedürftigsten unterliegt der Illusion der irdischen Gerechtigkeit für alle.

Der Staat normiert den Umfang der Unterstützung auf einem „angemessenen“, also beliebig hohen Niveau und ergänzt die Angebote dort, wo die Gesellschaft nicht mehr zu leisten vermag oder – und das gilt es zu hinterfragen – will. In diesem Moment sind für den Umfang der Maßnahmen nicht mehr die Leistungsfähigkeit und damit die Leistungsbereitschaft der einzelnen Solidargemeinschaften maßgeblich, sondern die staatliche Normierung, welche der parlamentarischen Kontrolle unterworfen ist und damit zur Verfügungsmasse von wahlpolitischen Manövern wird. Solidarität wird zum Politikum und von all denen als Begründung missbraucht, die auf Kosten der Mitte der Gesellschaft Wählerstimmen gewinnen wollen, indem sie an das Neidgefühl appellieren und so die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander aufwiegeln. Dieser Zersetzung des solidarischen Zusammenhalts durch Verkehrung des Solidaritätsgefühls in sein Gegenteil müssen sich die Liberalen entgegenstellen. An ihnen ist es, zu betonen, dass erzwungene Solidarität niemals funktionieren kann und der Versuch allein die Gesellschaft destabilisieren muss. Hier kann auf die Lebenserfahrung der Menschen in den neuen Bundesländern zurückgegriffen werden, die am eigenen Leib erfahren haben, dass oktroyierte Solidarität in der realsozialistischen Gesellschaft, missverstanden als Egalität, scheitern musste, und die sich, um ihr Überleben zu sichern, auf Solidarität in ihrer ursprünglichen Form, als Zusammengehörigkeit von kleinen Gruppen, zurückbesonnen haben. Die Erfahrung dieses Scheiterns einer staatlich auferlegten Solidarität kann uns heute davor bewahren, den Solidaritätsbegriff übermäßig zu ideologisieren und damit zu überlasten. Nur dann ist gewährleistet, dass die Freiwilligkeit nur insoweit eingeschränkt ist, wie es notwendig ist, um gleiche Spielregeln für alle mit dem Ziel der Chancengerechtigkeit zu erreichen.

Der allseits vor- und fürsorgende Sozialstaat disqualifiziert die Solidarität seiner Bürger füreinander als unzulänglich und nachrangig. Damit wird die Solidarität der Gemeinschaften weitgehend ausgehöhlt, da es tatsächlich gleichgültig ist, ob eine denkbare freiwillige Selbstverpflichtung der Gemeinschaften zur gegenseitigen Hilfe auch eingelöst wird. In aus freiem Willen gebildeten solidarischen Gemeinschaften sind auch die zeitweiligen Empfänger von Unterstützung immer aktive Teilhaber mit Pflichten und Verantwortung. Sie genießen trotz ihrer misslichen Lage den Respekt der Gemeinschaft. Sie sind zudem in keinem Fall davon befreit, den ihnen möglichen Anteil zum Erfolg der Gemeinschaft zu leisten. Die gegenwärtige sozialstaatliche Realität hingegen kastriert die Adressaten ihrer Zuwendung zu unfähigen Empfängern und nimmt einer freien Bürgergesellschaft damit ihren Wesenskern: die selbstbestimmte Bürgerlichkeit. Einziger Ausweg ist die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens, der Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt.

Gerhard Staudinger

Verbesserung des Bildungssystems statt Völkerwanderung

Das System der schulischen Bildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Hochschulausbildung muss so weiterentwickelt werden, dass die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und individuell chancengerecht auch in Zukunft – trotz der Entwicklung zu einer im Durchschnitt älter werdenden Bevölkerung – auf höchstem Bildungsniveau in der Lage ist, alle Anforderungen von Gesellschaft, Familie und Beruf zu erfüllen.

Wir müssen unsere zukünftig erforderlichen Fachkräfte weiterhin selbst ausbilden und nicht versuchen, sie in aller Welt zusammensuchen. Dazu gehört uneingeschränkter politischer Wille, diese Aufgabe bewältigen zu wollen und die Ablehnung von Fatalismus zu scheinbar unabwendbaren negativen Entwicklungen.

Zur Begründung:

Die größten Ressourcen für Deutschland waren immer die Bildung sowie die hohe berufliche Qualifizierung und damit auch die Innovationsfähigkeit seiner Bevölkerung. Dadurch konnte der Nachteil relativ geringer Rohstoffvorkommen und energetischer Potentiale bisher erfolgreich mehr als aufgewogen werden. Wenn jetzt die aktuellen Bildungsergebnisse in Deutschland befürchten lassen müssen, dass uns in absehbarer Zeit die qualifizierten Fachkräfte fehlen, dann sind in erster Linie das Bildungswesen und die berufliche Aus- und Weiterbildung zu verbessern und von Strukturen sowie Denkweisen deutscher Kleinstaaterei zu befreien.

Es ist sehr bedenklich, wenn die Wirtschaft beklagt, dass derzeitig eine viel zu große Zahl von Abgängern unserer allgemeinbildenden Schulen nicht in genügendem Maß die Voraussetzungen erfüllen, um einen Beruf zu erlernen, und kein Kultusminister dem hörbar widerspricht, oder, genau genommen, widersprechen kann. Es ist nicht die Aufgabe des allgemeinbildenden Schulwesens, Fachkräfte für einzelne Branchen bereitzustellen und so deren berufs- oder unternehmensspezifischen Ausbildungsaufwand zu verringern. Allerdings muss es die notwendigen Grundlagen dafür legen, dass ein Schulabgänger durch die Wirtschaft zur Fachkraft ausgebildet werden kann.

Das Steigen des Durchschnittsalters der Bevölkerung führt nicht automatisch zu einem erheblichen Fachkräftemangel, da ja gleichzeitig das gesetzliche Rentenalter steigt. Die Fachkräfte werden also durchschnittlich nur älter, müssen aber in diesem höheren Alter auch akzeptiert werden. Gleichzeitig muss zusätzlich auch mehr Augenmerk auf einen früheren Eintritt in das Berufsleben gelegt werden. Im Alter zwischen 20 und 30, einem Alter hoher körperlicher Leistungsfähigkeit, haben zu viele junge Menschen noch keine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein erfolgreich beendetes Studium.

Unter solchen Voraussetzungen nach ausländischen Fachkräften zu rufen, um so einem befürchteten künftigen massenhaften Fachkräftemangel vorzubeugen, stellt einen gewollten oder resignierenden Verzicht auf eigene verbesserte Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen dar.

Ausländische Fachkräfte als Entwicklungshelfer für Deutschland, die dann in den eigentlichen Entwicklungsländern fehlen: Die Vorstellung, dass wir unsere benötigten Fachkräfte künftig gar millionenfach aus Indien, China oder vielleicht aus Kenia beziehen müssen, weil die deutsche Bevöl-

kerung den Anforderungen der Zeit nicht mehr gerecht wird, kann doch niemand ernsthaft als Zukunftsorientierung akzeptieren.

Natürlich muss es im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit einen Wissenstransfer über Personen geben, aber das muss ein *wechselseitiger* Prozess zum Nutzen aller Beteiligten sein. Nur werden wir in diesem internationalen Wissensaustausch keine Rolle mehr spielen, wenn wir selbst nicht mehr über genügend eigene Facharbeiter und Akademiker verfügen. Deshalb müssen wir unsere eigenen intellektuellen Ressourcen vollständig nutzen und entwickeln, denn wir haben nur diese.

Karlheinz Haase und Ingolf Roßberg

Zum politischen Ethos eines Berufspolitikers

„Das Ethos eines Menschen, einer Gruppe oder einer gesamten Gesellschaft beruht auf der Anerkennung eines Ensembles von Werten, die dessen/deren Handeln steuern. Ethos ist sozusagen die gemeinsame Klammer dessen, was man als normatives Verhalten bezeichnet.“²¹ In diesem Sinne steht auch die Gruppe der Berufspolitiker unter der Notwendigkeit, sich ein „Ensemble an Werten“ zu geben und sich daran messen zu lassen. Dieses Ensemble an Werten in der kommunalen Politik ist mittlerweile einfach gesetzlich definiert, denn hauptamtliche Kommunalpolitiker unterliegen dem Beamtenrecht. Für sie gilt das in allen Beamtengesetzen so oder so ähnlich formulierte Ethos: „Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Sie haben ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und bei ihrer Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen.“²² Inwieweit sie als Politiker, die sie ja ebenfalls sind, ihr Amt tatsächlich ausüben, unterliegt einem weiten Spielraum – sei es, dass es mehr auf Repräsentation ausgerichtet ist, sei es, dass das Verwaltungsmanagement im Mittelpunkt steht, sei es, weil sie unterschiedlichsten Parteien angehören oder weil sie parteilos sind. Immer gilt die Aussage: „*Salus publica – suprema lex*“²³ (Das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz).

Und es gilt für die Kommunen nach wie vor das Ethos des liberalen Kommunalpolitikers *Wilhelm Külz*, der in seiner Antrittsrede als Oberbürgermeister der Stadt Dresden im April 1931 formulierte:

²¹ Kuhlen, Rainer (2004): Informationsethik – Umgang mit Wissen und Information in elektronischen Räumen. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, Zitat nach <http://tendedunhu.wordpress.com/2008/03/10/definitionen-von-ethik-moral-und-et-hos>, Stand: 12.04.2011.

²² Beispielhaft dafür § 60 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz, Zitat nach http://bundesrecht.juris.de/bbg_2009/_60.html, Stand: 12.04.2011.

²³ Inschrift der Amtskette des Dresdner Oberbürgermeisters.

„...wehe der Stadtvertretung, die im Staate Staat spielen wollte, die der Tummelplatz parteipolitischer Ambitionen oder Demagogie werden würde, in der die Parteien vergessen würden, dass auch ihr letztes Ziel das Allgemeinwohl sein muss“²⁴

Dies ist ein Ethos, das offenbar mit Blick auf heutige Ratsdebatten in den verschiedensten Städten völlig vergessen scheint. Nimmt man allerdings dieses Credo dieses großen Liberalen und aufrechten Demokraten, so ist es sehr wohl heute noch aktuell. Wie könnte es sonst sein, dass *Kurt Biedenkopf* erinnert: „Der Auftrag der politischen Parteien ist in unserer Verfassung ebenso klar bestimmt wie begrenzt. Die Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Aber sie sind nicht das Volk“²⁵ – 80 Jahre nach Külz' Rede vor den Dresdner Stadtverordneten? Mag Biedenkopf in Anbetracht sächsischer Verhältnisse diese Einsicht erst lange nach Aufgabe seines Amtes als Ministerpräsident gekommen sein, sie trifft, wie das Ethos von Külz von vor 80 Jahren den Kern der Sache: Berufspolitik ist Dienst am Volk und Hingabe an eine öffentliche Aufgabe und nicht Dienst für eine Partei oder eine Parteiklientel – oder schlimmer noch: Befriedigung persönlicher Eitelkeit.

Gerade eine liberale Partei ist daher gut beraten, sich selbst Kriterien auf Bundes- und Landesebene zu geben, die als eine Art „Ehrenkodex“ (im Englischen viel zutreffender als *ethical code* bezeichnet) derjenigen gelten sollten, die als Berufspolitiker demnächst Karriere machen wollen oder die es bereits sind. Ein eigenes Ethos, ein eigener Anspruch ist schließlich kein

²⁴ Antrittsrede von Wilhelm Külz als Oberbürgermeister vor der Dresdner Stadtverordnetenversammlung (gehalten zu einem nicht näher bekannten Datum im April 1931), verwendet als Zitat in der Antrittsrede als Oberbürgermeister von Ingolf Roßberg am 9. August 2001 vor dem Dresdner Stadtrat, S. 15.

²⁵ Biedenkopf, Kurt (2010): Die Parteien sind nicht das Volk, in: Sächsische Zeitung vom 18.06.2010, S. 5.

lästiges Hindernis, sondern elementare Voraussetzung für einen dauerhaft tragfähigen, also im besten Sinne „nachhaltigen“ Erfolg.

Theodor Heuss war es, der den Mitgliedern des ersten Kabinetts Adenauers das berühmte Essay von *Max Weber* „Politik als Beruf“ zum Weihnachtsfest 1950 mit guten Wünschen zusandte. Feinsinnig wollte er vor allem die hauptamtlichen Bundespolitiker gerade auf die Tugenden und Werte hinweisen, die angesichts des Nationalsozialismus und der Zerstörungen in Deutschland damals längst nicht selbstverständlich waren, und die seiner Meinung nach aber der Regierung mit auf den Weg gegeben werden sollten: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, sowie ein eigenes Gewissen als *die* obere Instanz, vor der sich ein Politiker verantworten muss.²⁶

Aufbauend auf diesen Grundsätzen formulierten *Helmut Schmidt* und *Hildegard Hamm-Brücher* ihre Wertevorstellungen. Für *Hildegard Hamm-Brücher* resultierte aus Webers Empfehlungen ihr Rat, „sich einerseits nicht zu überschätzen, sich nicht zu wichtig zu nehmen, doch andererseits auch sich treu zu bleiben – und das zunächst *unmöglich* erscheinende dennoch zu versuchen, um wenigstens das *Mögliche* zu erreichen“.²⁷ Das hat heute noch uneingeschränkt Gültigkeit. Und *Helmut Schmidt* formuliert: „Wer in die Politik gehen will, soll einen Beruf gelernt und ausgeübt haben; er soll die tragenden Elemente des Grundgesetzes verinnerlicht haben; er soll die Geschichte Deutschlands und die unserer wichtigsten Nachbarn kennen; und er soll sich auf mindesten einem Fachgebiet als Experte einarbeiten“.²⁸

²⁶ Nach Weber, Max (1921): Gesammelte politische Schriften, München, S. 450, Zitat nach Hamm-Brücher, Hildegard (1997): Freiheit ist mehr als ein Wort, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 315.

²⁷ Hamm-Brücher, Hildegard (1997): Freiheit ist mehr als ein Wort, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 315.

²⁸ Schmidt, Helmut (2008): Außer Dienst – eine Bilanz, Augsburg: Weltbild Verlag, S. 215.

Letztlich soll genau dieser erlernte Beruf dem Politiker seine Unabhängigkeit bewahren.

Dass das amerikanische System, Amts- und Mandatszeiten auch deshalb zu begrenzen, um Missbrauch von Macht zu verhindern als ein wichtiger Teil der *checks and balances* gilt, sollte auch zum Ethos eines Berufspolitikers gehören: die Begrenzung seiner Zeit im Amt. Ein Amt oder ein Mandat bekommt jeder Berufspolitiker auf Zeit verliehen, nicht in private Erbpacht. Solange es deutsche Gesetze nicht vorsehen, steht es doch jedem Liberalen gut zu Gesicht – und er wird dadurch auch glaubwürdig, sich selbst nur für eine begrenzte Anzahl an Wiederwahlen in das gleiche Amt zu entscheiden.

Daraus lassen sich die Kernforderungen für das Ethos eines liberalen Berufspolitikers formulieren, quasi als Messlatte:

- Bewusstsein für Freiheit,
- Nachhaltigkeit im Denken,
- Vorbild im Handeln,
- Verantwortungsgefühl und Fähigkeit zur Toleranz,
- persönliche Integrität und der Mut zur Fairness, Letzteres auch ganz im Sinne von Wilhelm Külz²⁹,
- freiwillige Begrenzung seiner Amtszeit und schließlich
- der eigene, erlernte Beruf.

²⁹ „...und wir wollen uns daran gewöhnen, nicht jeden schon deswegen für einen Dummkopf oder einen schlechten Kerl zu halten, weil er eine andere Ansicht hat, wie wir“, Antrittsrede von Wilhelm Külz als Oberbürgermeister vor der Dresdner Stadtverordnetenversammlung (gehalten zu einem nicht näher bekannten Datum im April 1931), verwendet als Zitat in der Antrittsrede als Oberbürgermeister von Ingolf Roßberg am 9. August 2001 vor dem Dresdner Stadtrat, S. 21.

Die Autoren sind unter kontakt@laubegaster-beitraege.de zu erreichen.

Brigitte Böttcher (*1943), Fachphysiotherapeutin für psychosoziale Medizin: Ausbildung als Kosmetikerin, Studium der Pädagogik/Physiotherapie am Pädagogischen Institut und der Medizinischen Fachschule Zwickau, freie Physiotherapiepraxis in Dresden, Dozentin am Dresdner Institut für Psychotherapie

Thomas Gottwald (*1970): Wirtschaftler Garten- und Landschaftsbau, Lehrausbilder am Sächsischen Umschulungs- und Fortbildungswerk e. V.

Karlheinz Haase (*1939), Diplom-Chemiker: Studium der Chemischen Technologie an der Ingenieurschule für Chemie Köthen/Anhalt sowie Studium der Chemie an der Technischen Universität Dresden, langjähriger Angestellter in leitenden Positionen in der pharmazeutischen Industrie, im Ruhestand

Ralf Hasselbach (*1965), Diplom-Ingenieur (FH): Studium der Industriellen Elektronik an der Fachschule für Technik und Betriebswirtschaft Dresden sowie der Technischen Informatik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Gruppenleiter Gebäudeautomation an der Technischen Universität Dresden

Torsten Hilbrich (*1960), Diplom-Bauingenieur: Studium des Bauingenieurwesens sowie Ergänzungsstudium Denkmalpflege an der Technischen Universität Dresden, freiberuflicher Bauingenieur

Frank Kroschinsky (*1963), PD Dr. med. habil., MBA (Health Care Management): Facharzt für Innere Medizin, Leitender Oberarzt am Universitätsklinikum Dresden

Jana Licht (*1985), Diplom-Volkswirtin: Studium der Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaftslehre und Soziologie an der Technischen Universität Dresden; Akademische Mitarbeiterin am Institut Wirtschaftswissenschaften der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und Dozentin an der Sächsischen Wirtschafts- und Verwaltungsakademie

Hans-Georg Menzer (*1944), Diplom-Ingenieur, Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH): Studium der Elektrotechnik, Energiewirtschaft und HLS-Technik an der Technischen Universität Dresden, der Hochschule Zittau und der Bauschule Erfurt; langjährige Tätigkeit in der Energiewirtschaft, im Vorruhestand

Martin Pätzug (*1970), Diplom-Informatiker: Studium der Informatik an der Technischen Universität Dresden, IT-Projektmanager und Berater

Ingolf Roßberg (*1961), Ph.D., Diplom-Verkehrsingenieur, Oberbürgermeister a. D.: Ausbildung bei der Deutschen Reichsbahn; Studium des Verkehrsingenieurswesens an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden; Promotionsstudium an der Technischen Universität Ostrava; 1994 – 2000 Erster Bürgermeister der Stadt Radebeul; 2000 – 2001 Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in Wuppertal; 2001 – 2008 Oberbürgermeister der Stadt Dresden; Verkehrsberater

Gerhard Staudinger (*1943), Diplom-Ingenieur, Diplom-Ingenieur (FH), Fachingenieur: Zieglerlehre; Studium der Technologie der Grobkeramik an der Ingenieur-Schule Apolda, der Silikattechnik an der Bergakademie Freiberg und der Technologischen Betriebsprojektierung an der Technischen Universität Dresden; langjährige berufliche Tätigkeiten in der Baustoffindustrie, in der technologischen Entwicklung des Bauwesens, in der Fabrikplanung und im Innovationsmanagement, zuletzt bis zum Ruhestand Geschäftsführer einer Technologieagentur